

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Keine Angst vor
der eigenen Courage
Muna Duzdar

PEGIDA, AfD und die
politische Kultur in Sachsen
Michael Lüthmann

Österreichs
kalte Krieger
Thomas Riegler

Wie die europäische Sozialdemokratie
Griechenland und dabei sich selber helfen kann
Markus Marterbauer

4,50 Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserebersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, 142040222 M, Nr. 2/2015



ROMANE THANA.

ORTE DER ROMA UND SINTI

WIEN MUSEUM

EDITORIAL

Zu Redaktionsschluss ist das Ringen um eine Lösung für die Überbrückungsfinanzierung Griechenlands noch im Gange. Während die deutsche Regierung, bestärkt durch den medialen Kampfruf »Hart bleiben!«, noch auf der Position verharret, alles solle so weitergehen wie bisher, zeichnet sich ab, dass längst nicht alle Euro-Partner gewillt scheinen, eine unabsehbare Kettenreaktion in der Euro-Zone – im Gefolge eines griechischen Staatsbankrotts oder einem Euro-Austritt – aus reiner Sturheit zu riskieren. Unabhängig vom Spezialfall Griechenlands bietet das Aufbegehren von Tsipras, Varoufakis und Co ein Moment für einen Politikwechsel in Europa von unschätzbarem Wert. Es signalisiert, dass eine vom eigenen Wahlvolk getragene Regierung auch Europas Politik prägen kann, wenn sie eine überzeugende Wirtschafts- und Sozialpolitik konsequent verfolgt. Die Nervosität, mit der die övp auf das gemeinsame Auftreten von Werner Faymann mit Alexis Tsipras reagiert hat, ist kein Zufall. Es braucht aber mehr als eine medienstrategisch gut plazierte Pressekonferenz, um nun das Fenster zu nutzen, das Griechenlands Linksregierung aufgestoßen hat. Markus Marterbauer argumentiert in seinem Schlusswort, warum sich die Sozialdemokratie selbst einen Gefallen täte, diese Chance zu nutzen.

In Österreich dominierte in den letzten Wochen neben der Griechenlandfrage wieder einmal die **Integrationsdebatte** das Land. Am Beginn dieser Ausgabe steht dazu passend ein sehr grundsätzlicher und umfassender **Beitrag der SPÖ-Integrations Sprecherin im Nationalrat, Nurten Yilmaz**. Sie spricht sich vehement **dagegen** aus, **soziale Konflikte zu ethnisieren oder zu kulturalisieren**. Das sei alles andere als ein Plädoyer, »alles« zu tolerieren, vielmehr gehe es darum, sozialdemokratische Politik konsequent zu verfolgen, Menschen egal welcher Herkunft gegenüber. **Zur Integrationspolitik** dürfe man **weder schweigen**, noch den rechten **Hetzern nach dem Mund reden**.

Vorausgegangen waren der Debatte in Österreich wöchentliche Demonstrationen der islamfeindlichen **PEGIDA** in Dresden, an denen sich zur großen Überraschung der deutschen und internationalen Öffentlichkeit an die 20.000 Menschen beteiligten. **Michael Lüthmann analysiert** für die

ZUKUNFT das **Phänomen PEGIDA** und ihre Verbindungen zu AfD und rechtsextremen Gruppen in Deutschland.

Jens Gmeiner und Matthias Micus untersuchen im ersten Teil ihres Beitrags **Ursachen, Katalysatoren und Hindernisse von Organisationsreformen in sozialdemokratischen Parteien Europas**. In Teil 2, der in ZUKUNFT 03/2015 folgen wird, beschäftigen sie sich mit sozialen Grundlagen und Perspektiven dieser Prozesse.

Mit der **Geschichte von Geheimorganisationen**, die seitens der **CIA** in den 1950er-Jahren zum Kampf gegen die Rote Armee auch in Österreich finanziell unterstützt und mit Waffen versorgt wurden, hat sich der **Historiker Thomas Riegler** in seinem Beitrag dieser Ausgabe näher beschäftigt.

Karl Czasny stellt nach **Thomas Nowotnys** Kritik an seinem Beitrag »Vom Fehlen der Utopie« in ZUKUNFT 12/2014 einige nach seiner Auffassung fehlverstandene Punkte in einer Reaktion klar.

Schließlich widmet **Armin Puller** dem Ende 2014 erschienenen Buch »Why we can't afford the rich« (»Warum wir uns die Reichen nicht leisten können«) des britischen Sozialtheoretikers und Ökonomen Andrew Sayer eine ausführliche Besprechung. Das Buch stellt nach Auffassung des Rezensenten einen interessanten Beitrag zur Reichtumsforschung aus dem Blickwinkel der Moralökonomie dar, das auch für den deutschsprachigen Raum Bedeutung habe.

Nach den **Buchtipps** appelliert **Markus Marterbauer** in seinem Schlusswort im Heft noch an die europäische Sozialdemokratie, sich mit der Unterstützung der griechischen SYRIZA-Regierung im Schuldenstreit auch selbst einen Gefallen zu tun.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



BARKA EMINI IN DER LEEBGASSE
IN FAVORITEN, 1999

© Privat

6 Keine Angst vor der eigenen Courage

VON NURTEN YILMAZ

14 PEGIDA, AfD und die politische Kultur in Sachsen

VON MICHAEL LÜHMANN

22 Der lange Weg zur Bewegungspartei

VON JENS GMEINER UND MATTHIAS MICUS

30 Österreichs kalte Krieger

VON THOMAS RIEGLER

36 Verlust der Utopie – reloaded

VON KARL CZASNY

40 Warum wir uns die Reichen nicht leisten können

VON ARMIN PULLER

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

50 Wie die europäische Sozialdemokratie Griechenland und dabei sich selber helfen kann

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

OFFENLEGUNG GEM. § 25 MEDIENGESETZ

Verleger ist die »VA Verlag GmbH«, Herausgeber ist die »Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT« beide in 1110 Wien, Kaiser Ebersdorferstraße 305/3. Blattlinie: »ZUKUNFT« ist eine Diskussionszeitschrift der sozialdemokratischen Bewegung in Österreich. Die »Zukunft« sieht ihre Aufgabe vor allem darin, auf hohem Niveau Entwicklungen der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Kultur, Fragen der internationalen und österreichischen Politik zu analysieren und zu diskutieren.

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift »Zukunft«, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 **Verlag und Anzeigenannahme:** VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.ª Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.ª Dr.ª Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Mag. Ludwig Dvořak (geschäftsführend) **Redaktion:** Mag. Alessandro Barberi, Bernhard Bauer, Mag.ª Elisabeth Felbermair, DSA Senad Lacevic, Mag. Armin Puller, Mag. Dr. Michael Rosecker, Jennifer Sommer, Mag. Artur Streimelwenger, Mag.ª Olivia Kaiser **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt **Cover:** BARKA EMINI IN DER LEEBGASSE IN FAVORITEN, 1999, © Privat

Keine Angst vor der eigenen Courage

Sprachlosigkeit befällt oft Teile der Sozialdemokratie, wenn Fragen von Migration, Integration und kultureller Vielfalt diskutiert werden. Aus dem Alltag des Zusammenlebens wisse man aber, dass Sprachlosigkeit zu oft in Ressentiments, Angst und Repression umschlage. Anstatt der Auseinandersetzung mit den rechten Hetzern auszuweichen oder ihnen gar nach dem Mund zu reden, gelte es auf Basis sozialdemokratischer Werte Integrationspolitik als soziale Gleichstellungspolitik zu verstehen. Und dafür mutig einzustehen. Ein Beitrag von Nurten Yilmaz.

Was sind Konturen einer sozialdemokratischen Integrationspolitik? Wir brauchen nichts Neues zu erfinden, sondern können uns einerseits die eigene Geschichte vergegenwärtigen und uns andererseits aktuelle Initiativen und Tätigkeiten anzuschauen. Unsere Bewegung trat vor 120 Jahren an, um die Geschichte selbst in die Hand zu nehmen und soziales Elend zu bekämpfen. Sich in Vereinen, Gewerkschaften und der Partei zu organisieren hieß – und heißt heute noch –, aus der individuellen Verletzbarkeit herauszutreten, sich selbst und sein Umfeld zu organisieren mit der gemeinsamen Aufgabe, die Verhältnisse gerechter, sozialer und freier zu gestalten.

In »Die Lage der Ziegelarbeiter« schildert Victor Adler 1988 eindringlich das Elend der ArbeiterInnen. Dieser Kontakt mit den sogenannten »Ziegelböhm« hat ihn auch wesentlich politisiert. Das Ziel war Bildung, Wohnraum, gute Arbeit und eine bessere, demokratischere Zukunft, für die man selbstbewusst und in Würde eintrat und auch einstand. Es ist diese Vorstellung von sozialem Aufstieg, die wir vor Augen haben wollten, wenn Stammtische wieder einmal meinen, »Integrationsprobleme« diskutieren zu müssen: Die Arbeiterkinder von damals sind die Arbeiterkinder von heute, auch wenn sie anders heißen, einen anderen Pass haben oder aus Kriegswirren geflüchtet sind. Ihnen und ihren Eltern müssen wir Perspektiven und Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Es sind unsere Kinder, es sind unsere Leute. Niemanden zurücklassen heißt auch, den Leuten gleichen Zugang zum Bildungs-, Gesundheits-, Wirtschaftssystem oder politischem System zu geben. Das ist sozialdemokratische Integration und Integrationsarbeit: der Abbau von Hürden und Ungerechtigkeiten

aus einem egalitaristischen Grundgedanken heraus, um ein solidarisches und gutes Leben aller zu ermöglichen. Die Ermächtigung und Selbstermächtigung jener, die es sich nicht richten können. Bei Integration geht es daher nicht um kulturelle Gleichmacherei, sondern um gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung.

Natürlich, unsere Gesellschaft ist eine andere als vor 120 Jahren. Wir sind mobiler, vernetzter und unsere Biografien sind brüchiger. Die einen sagen unübersichtlicher, die anderen sagen spannender. Die Idee aber, dass Integration etwas mit sozialem Aufstieg und Ermächtigung zu tun hat, diese Idee wird täglich in Österreich gelebt: Die pensionierte Lehrerin, die Flüchtlingen in der Freizeit Deutsch beibringt. Der Student, der die alte Frau nachmittags zum Arzt begleitet und ihr die Angst vor der Praxis nimmt. Die Kids im Park, die nicht nach der Herkunft fragen, sondern gemeinsam dem Fußball nachjagen. Dies leben täglich unzählige Leute vor, die sich in Vereinen, an Schulen, in Krankenhäusern oder am Sportplatz für ein solidarisches Miteinander einsetzen. Und nicht drauf schauen, wo jemand geboren wurde, sondern für die ein gemeinsames Leben auf Augenhöhe selbstverständlich ist.

Dafür setzen sich auch unsere sozialdemokratischen Funktionsträger in Sektionen, Ortsgruppen und Parlamenten ein. Bildungschancen erhöhen, Mädchen und Frauen stärken, Hürden abbauen, Rassismus bekämpfen, der Einsatz für Menschenrechte, die Handlungsfähigkeiten von Personen mit Migrationsgeschichte stärken, etc. All das ist Integration, auch wenn es nicht so bezeichnet wird. All das ist konkrete Gleichstellungspolitik, das Eintreten für eine bessere Zukunft. Eine

so verstandene Integrationspolitik ist nicht einfach und sie ist natürlich auch mit Konflikten verbunden: Das sind nun aber keine Konflikte zwischen »Inländern« und »Ausländern«, sondern das ist der Konflikt zwischen jenen, d.h. uns, die ein freies und gleiches Leben aller miteinander ermöglichen wollen, und jenen, die die Leute gegeneinander ausspielen, Hass und Angst säen, um weiterhin von den ungleichen Verhältnissen profitieren zu können.

Reden wir daher nicht ständig über Kultur oder Identität, sondern bekämpfen wir gemeinsam soziale Ungleichheiten. Das bloße, konsumistische Abfeiern von kultureller Vielfalt ist hier ebenso zu wenig, wie der dritte Besuch eines Seminars für »diversity management«. Es geht um Ressourcen, Lebenschancen und ein offenes, aufeinander Zugehen. »Sozialdemokratische Integrationspolitik muss daher ein eindeutiges, unverwechselbares Profil auf der Basis unserer Werte vorweisen können, (...), sie muss offensiv Position beziehen, bestehende Probleme ohne Zaudern ansprechen und funktionierende Lösungen anbieten.« (Rieder 2009) Sozialpolitik und Bildungspolitik, das ist unser Profil und unser Alleinstellungsmerkmal.

Das verlangt unseren Einsatz und ist etwas ganz anderes, als mit ausgestrecktem Finger auf die Probleme und Defizite »der Anderen« hinzuweisen. Der Imperativ »Du musst dich integrieren!« löst keine Ungleichheitsprobleme, sondern missversteht Integration als reine Anpassungsleistung an eine imaginäre, kulturelle Norm. Wer diese verfehlt, wird dann als defizitär markiert. Zusätzlich trennt dieser Imperativ in zwei Gruppen, ein »Wir« und »die Anderen«. Wir müssen diese Konfrontation durch eine anderes »Gemeinsames« aushebeln. Vielleicht ist integrieren überhaupt das falsche Wort und es trägt diesen paternalistisch-repressiven Unterton schon zu sehr mit sich.

Wir müssen daher nicht nur unsere Antworten besser hervorkehren, sondern auch die Fragen anders als der Boulevard oder die Rechte formulieren: Wie können wir gemeinsam die Verhältnisse so verbessern, dass eine soziale Teilhabe aller möglich wird? Wie können wir Arbeitsverhältnisse so gestalten, dass alle – ob mit oder ohne Migrationserfahrung – einen gerechten Anteil bekommen? Wie können wir Schule so umbauen, dass sowohl Mehrsprachigkeit gefördert wird als auch Kinder mit Deutsch als Zweitsprache die gleichen Ausbildungschancen bekommen? Welche feministischen Initiativen brauchen wir, um Mädchen mit Selbstvertrauen und Ressourcen auszustatten, dass sie sich auch, wenn nötig, ge-

genüber ihren Vätern und Brüdern durchsetzen können? Und dieses WIR sind wir alle, die wir hier sind und hier leben. Und auf Basis dieses WIR, das offen für Verbesserungen in der Zukunft eintritt, lassen sich auch Wahlen gewinnen. Sozialdemokratische Integrationspolitik, wie ich sie verstehe, ist daher der Einsatz für Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Ziel ist es, soziale Teilhabe und Teilnahme aller zu ermöglichen. Egal, woher jemand kommt, und unabhängig davon, wo jemand geboren wurde. Es geht um Ressourcenstärkung, Emanzipation, Chancengleichheit und den Abbau von Hürden und Diskriminierungen auf Basis unserer sozialdemokratischen Werte: mehr soziale Gleichheit als Bedingung für mehr Freiheitsräume, ein solidarisches Begegnen auf Augenhöhe unabhängig vom Geburtsort und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums.

AUF BASIS UNSERER WERTE

Aber, so tönt es dann oft, das sei ja alles gut und schön und für Sonntagsreden ganz nett, aber man dürfte doch nicht die Probleme übersehen, die es im Integrationsbereich gebe. Man dürfe doch nicht naiv sein. Die Zeit des Wegsehens müsse vorbei sein und man solle doch endlich auch über die negativen Beispiele reden dürfen! Man könne doch nicht alles tolerieren! Aber ist dem so? Niemand, der sich ernsthaft mit Integration auseinandersetzt, bestreitet, dass es Probleme gibt. Genau diese gehen wir ja auf verschiedenen Ebenen an: mit Bildungsprogrammen, über Vereinsförderungen, mittels Mädchenarbeit, durch die Installierung von Integrationsabteilungen auf Länderebene.

Ein Blick auf diese Erfolge und Tätigkeiten würde den im Gestus von Tabubrechern in den letzten Wochen auftretenden, selbst ernannten »Integrationsexperten« ganz gut tun, auch um ihren »defizitorientierten« Blick zu schärfen. Und: Niemand will »alles tolerieren«. Der kämpferische, feministische Einsatz für Gleichstellung und ein offenes Miteinander hat fast automatisch Akteure als Gegner, die diesen Fortschritt »nicht tolerieren« und an den vorherrschenden Zuständen festhalten wollen. Wir wiederum tolerieren eben keinen Rassismus, keinen Sexismus, keine ökonomische Ausbeutung und kein Wegschauen, wenn Leute in Schwierigkeiten sind. Naiv ist einzig der in letzter Zeit wieder oftmals in den Medien geäußerte Wunsch, über finanzielle Strafen könne man Integrationspolitik vorantreiben.

Dieser Alarmismus löst kein einziges Problem. Im Gegenteil, ein law-and-order-Zugang im Integrationsbereich zeugt

von einer zweifachen Angst: Der Angst davor, für die eigene, sozialdemokratische Haltung einzustehen und diese zu vertreten, und die Angst vor der politischen Rechten, die im Spiel mit Ängsten, Ressentiments und Repression immer noch die Monopolstellung hat und deren Geschäft man mit solchen »Vorstößen« gleich miterledigt.

Mein oben skizzierter Zugang zu Integration heißt nun aber eben nicht, dass man sich allen Praktiken und Haltungen gegenüber aufgeschlossen zu zeigen hätte. Gar nicht. »Wer nach allen Seiten offen ist, kann nicht ganz dicht sein.« (Tucholsky) Sozialdemokratische Integrationspolitik ist Gleichstellungspolitik auf Basis unserer Werte. Diese Werte sind jetzt aber nicht Schnitzel, Gabalier, Trachtenumzüge oder reaktionären Vorstellungen, die sich im Begriff einer »Leitkultur« verdichten, sondern die EU-Grundrechtecharta, die Europäische Menschenrechtskonvention und die österreichische Verfassung. That's it.

Es geht um kulturelle Pluralität unter Einhaltung sämtlicher gesetzlicher Normen. Die sind einzufordern und einzuhalten als BürgerIn; als Bewegung sind wir darüber hinaus unserer Programmatik mit den vier Säulen Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet. Irgendwelche Sonderbestimmungen für einzelne, meist schon sozial benachteiligte Gruppen, die als »Integrationsunwillige« oder als »Integrationsverweigerer« symbolisch markiert und bestraft werden, fördern hingegen nur bestehende, strukturelle Ausgrenzungen.

Das ist die Logik der Polizei, nicht die Logik der Emanzipation. Wenn ein Vater/Sohn nicht mit einer Lehrerin reden will, ist das primär kein »Integrationsproblem«, sondern ein sexistisches Machogehabe, das es abzustellen gilt. Frauen- und Kinderrechte sind nicht verhandelbar, das muss allen klar gemacht werden. Das müssen die Kinder – und damit zukünftigen Eltern – in der Schule auch lernen. Seit gefühlten 100 Jahren fordern wir eine bessere politische Bildung! Ein Patriarch, der glaubt seine Tochter im familiären Haushalt einsperren zu müssen und ihr somit den Weg auf den Arbeitsmarkt versperrt, wird uns immer zum Gegner haben. Hier gilt es aber feministisch argumentierend entgegenzuhalten und weniger mit Verweis auf kulturelle oder etwaigen religiösen Hintergründen. Der Ton macht die Musik und die Noten für unsere sozialdemokratische Symphonie liegen in unserem Grundsatzprogramm: »Wir treten für die gleichberechtigte Teilhabe aller an der Gesellschaft ein und stehen dabei an der Seite der sozial Schwächeren.«

Es geht um Ökonomie und Soziales, weniger um Kultur und Identitäten. Wir müssen hier – um beim erwähnten Fallbeispiel zu bleiben – die Tochter stärken, ihr Selbstbewusstsein und ihre Stärken fördern und jene strukturellen Bedingungen schaffen, die ihr Möglichkeits- und Freiräume geben: Deshalb braucht's eine Ausbildungspflicht bis 18 und deshalb – warum nicht? – eine Verlängerung der Schulpflicht. Und deshalb müssen wir unser Schulsystem so organisieren, dass kein einziges Kind mehr ihren Bildungsweg abbricht.

Das sind unsere Kinder, das ist ihre und unsere Zukunft. Wenn es Probleme mit der Partizipation der Eltern und Schüler am Schulsystem gibt, liegt das vielleicht weniger am kulturellen Hintergrund oder »Willen«, sondern daran, dass wir noch immer ein Schulsystem aus dem 19. Jahrhundert mitschleppen. Und hören wir bitte endlich mit dieser Kulturalisierung sozialer Verhältnisse auf: Wenn Kinder im Gemeindebau herumschreien, dann machen nicht »die Ausländerkinder« Lärm, sondern dann haben verschiedene Generationen unterschiedliche Interessen auf beschränktem Raum, die man solidarisch unter einen Hut bringen muss. Es ist mitunter mühsam bis eine adäquate »Hausordnung« für ein vielfältiges Miteinander gefunden wurde, aber langfristig erfolgsversprechender, als sofort nach der Polizei zu rufen.

Die Leute müssen mehr miteinander reden, ihre Sprachlosigkeit schlägt zu oft in Ressentiments, Angst und Repression um. Deshalb ist es auch so wichtig, dass alle eine gemeinsame Sprache miteinander finden. Und die ist nun mal unsere Amtssprache, auch wenn jeder von uns seine anderen und zusätzlichen Sprachen pflegen und fördern soll. Mehrsprachigkeit ist immer wichtig, aber die deutsche Sprache ist ein zentraler Schlüssel für erfolgreiche Integration. Integrationspolitik als Gleichstellungspolitik zu verstehen heißt sprachpolitisch folgendes: Die Menschen mit Deutsch als Zweit- oder Drittsprache sind gegenüber jenen mit Erstsprache benachteiligt, weshalb es hier leicht zugängliche, erschwingliche, gruppenspezifische Sprachförderungen braucht, die alltagsadäquat sind und die Lernenden zur gesellschaftlichen Teilhabe ermächtigen. Ein sinnvolles Lernklima unter Ausweisungsandrohung, wenn man einen Test nicht besteht, wird nicht möglich sein.

Aber: Es sollte klar geworden sein, dass Sprache nicht alles ist, sondern Integration alle gesellschaftlichen Teilbereiche betrifft und Gleichstellungspolitik überall stattzufinden hat. Integrationspolitik ist daher gesellschaftliche Querschnittsmaterie und nicht auf den Erwerb der deutschen Sprache oder die

Funktion als wirtschaftliche Schlüsselkraft für den »Standort Österreich« reduzierbar.

ZUM BEISPIEL: GLEICHSTELLUNG IM POLITISCHEN SYSTEM

Unabhängig von Geschlecht, Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder sozialer Schicht, soll jede Person Anrecht auf soziale Teilhabe und Teilnahme haben. Erfolgreiche Integrationspolitik hat jene sozialen Bedingungen bereitzustellen und jene Initiativen zu unterstützen, die auf die Inklusion und Chancengleichheit aller abzielen. Und das gilt auch für das politische System. Der Ausschluss vom Wahlrecht für nicht-österreichischer StaatsbürgerInnen stellt eine Hürde für Gleichberechtigung dar. Eine volle rechtliche Integration ins politische System gibt's nun aber erst mit der Staatsbürgerschaft.

Und hier kracht an mehreren Ecken: Das aktuelle Staatsbürgerschaftsgesetz steht im Grunde rechts von der CDU und operiert im Geiste eines nationalstaatlichen, konservativen Elitismus. Die Staatsbürgerschaft gibt's als »Goody« für ein paar auserwählte KünstlerInnen, SportlerInnen oder Investoren (unter Schwarz-Blau), während z.B. aktuell 18% der Drittstaatsangehörigen in Wien nicht einmal genügend verdienen, um die für die Staatsbürgerschaft nötigen Einkommensgrenzen zu erreichen (vgl. 3. Wiener Integrations- & Diversitätsmonitor 2013). Das ist ein Schlag ins Gesicht jedes und jeder SozialdemokratIn. Wir setzen uns für die Mitbestimmung aller ein, egal ob Migrantin oder Nicht-Migrantin.

Das sind unserer Leute, denen hier systematisch politische Mitbestimmung verwehrt wird. Der Demos, d.h. das Volk, sind wir alle und demokratische Selbstbestimmung bedeutet, dass alle, die von Gesetzen betroffen sind, auch darüber befinden sollen. Aktuell sind 24 % der WienerInnen und Wiener im wahlfähigen Alter von demokratischen Wahlrechten ausgeschlossen und es werden jährlich ca. 1 % mehr. In meinem Bezirk Ottakring gibt es Sprengel, wo nur mehr jeder Vierte überhaupt wahlberechtigt ist. Das hat mit Demokratie nur mehr wenig zu tun. Wir steuern auf eine Legitimitätskrise des politischen Systems zu.

Wer nicht mitreden darf, der interessiert sich dann auch nicht für politische Belange, d.h. die Identifikation mit dem (neuen) Land wird dann auch mangelhaft sein. Mal abseits davon, dass durch diesen Ausschluss von ArbeiterInnen mit Migrationsgeschichte deren Wünsche, Ideen und Interessen im politischen System nur mehr schwierig erfasst werden können.

Und das trifft uns als Sozialdemokratie im besonderen Maße, sind wir doch deren »natürlicher« Repräsentant auf der politischen Bühne. Das sind unsere Leute, die uns auch wählen würden. Einbürgerungspolitik ist Integrationspolitik und die Einbürgerung ein zentraler Baustein des Integrationsprozesses. Wenn sich durch ökonomische, zeitliche oder bürokratische Hürden diese Integration verzögert, dann sinkt tendenziell auch die Eigenverpflichtung der MigrantInnen zur Integration. Wenn Kids in der zweiten oder dritten Generation eine Re-Ethnisierung durchlaufen und plötzlich plötzlich als nationalistische Serben, Türken oder was auch immer auftreten, dann hat das auch damit zu tun, dass ihnen der österreichische Staat zu wenig Identifikationsangebote macht: Wir machen hier bei uns geborene Kinder völlig unnötig zu »Ausländern«.

Ein Kind, das hier in den Kindergarten geht, Lehre und Matura macht und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hier bleiben wird, weil Österreich seine Heimat ist. Dieses Kind wird automatisch per Geburt zum »Ausländerkind«, weil und wenn seine Eltern nicht die Staatsbürgerschaft haben. Jedes Jahr kommen alleine in Wien 10 000 Kinder als Ausländer zur Welt. Diese Kindern müssen später bürokratische Hürden überwinden, damit sie das werden, was sie sowieso sind: ÖsterreicherInnen. Wir sind einer der wenigen Staaten, die noch an diesem »Abstammungsrecht« bei der Staatsbürgerschaft festhalten. Lassen wir das 19. Jahrhundert zurück: Wer hier geboren wird, soll den Pass erhalten, wenn sich die Eltern zumindest fünf Jahre in Österreich legal aufhalten.

Diese ökonomischen, zeitlichen und bürokratischen Hürden sind wissenschaftlich belegbar (u.a. Karasz/Perchinig 2013, Stern/Valchars 2013) und schlagen sich in einer der geringsten Einbürgerungsrate Europas nieder: In den 1980er und 1990er Jahren entfielen auf 100 ausländische Staatsangehörige im Schnitt 2,4 Einbürgerungen, von 2000 bis 2005 lagen die Raten bei 5. Seither sinkt die Einbürgerungsrate und lag für 2013 bei einem Wert von 0,7 % (Statistik Austria). Damit sind wir nach Tschechien, Slowakei, Estland der restriktivste EU-Mitgliedsstaat (EUROSTAT 2014).

Es gilt anzuerkennen, dass es Menschen mit mehreren Heimaten gibt, weshalb Doppelstaatsbürgerschaften erlaubt sein sollten. Das hilft übrigens auch den AuslandsösterreicherInnen, die auch gerne in ihrer neuen »Heimat« mitreden wollen. Und wir müssen die Gebühren senken, weil es aktuell für Arbeiterfamilien oftmals nicht leistbar ist, den österreichischen Pass zu beantragen. Und weg mit den Einkom-

mensgrenzen, weil es dadurch über die Hintertür wieder eine Art »Zensuswahlrecht« gibt. Passen wir die Gesetze an unsere Grundwerte an – nicht umgekehrt. So wie unsere Bewegung das Frauenwahlrecht nach dem 1. Weltkrieg erkämpft hat, so gilt es auch jetzt mehr Mitbestimmung zu erstreiten. 🍷

NURTEN YILMAZ

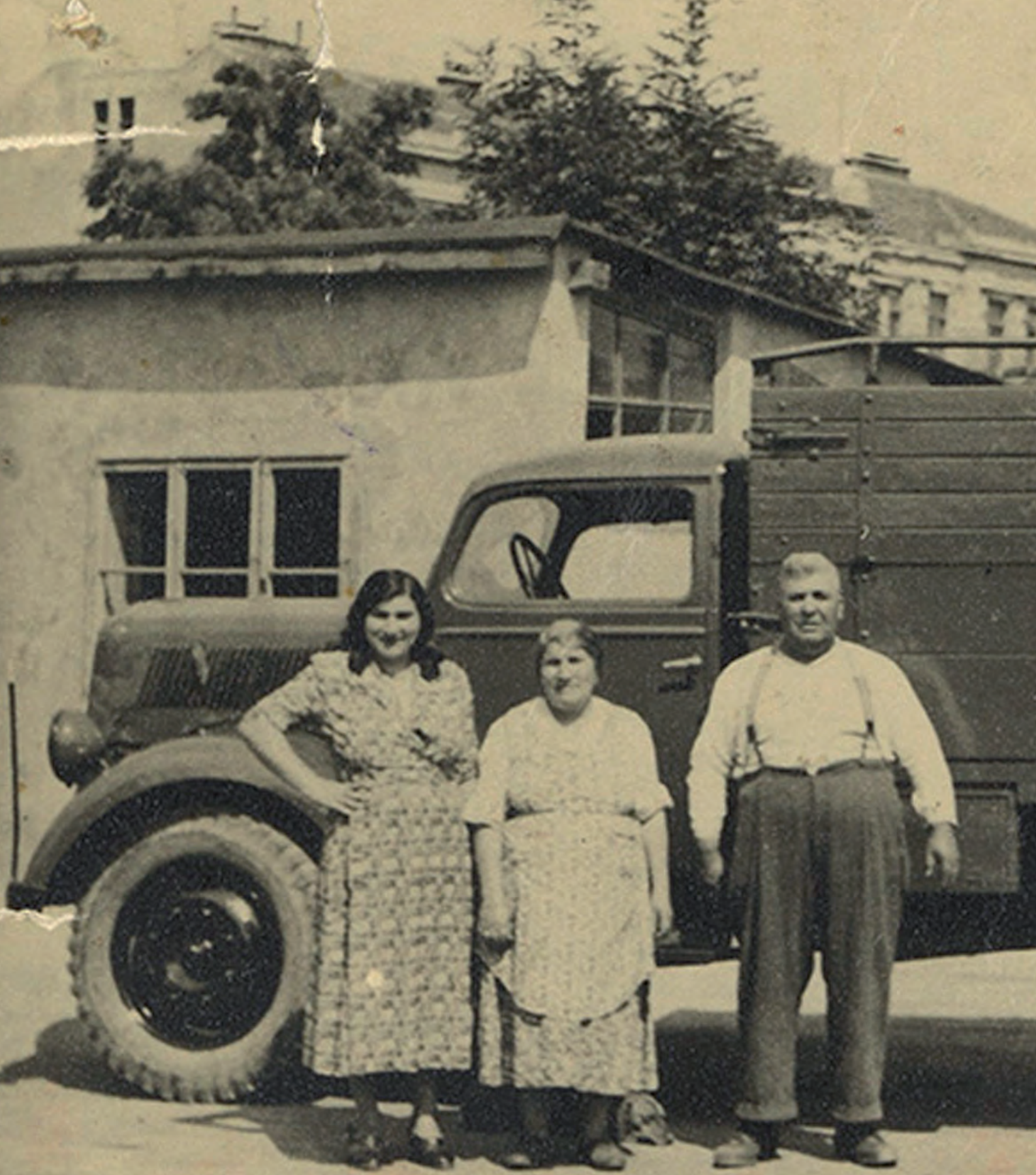
ist seit 2013 Nationalratsabgeordnete
und Integrationsprecherin der SPÖ.

LITERATUR

Adler, Victor (1988): Die Lage der Ziegelarbeiter. In: »Gleichheit«, Nr. 51 vom 22. Dezember 1888 | **Rieder, Mario** (2009): Bildung als Schlüssel zur Integration. In: DieZukunft 04/2009 | **Eurostat** (2014): Erwerb der Staatsbürgerschaft in der EU. Pressemitteilung. <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6491823/3-18112014-AP-DE.PDF/9c9410f8-0ad7-4943-b1e9-ca730ab770fc> | **Karasz, Lena; Perchinig, Bernhard** (2013): Staatsbürgerschaft. Konzepte, aktuelle Situation, Reformoptionen http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Studie_Staatsbuergerschaft.pdf | **Stadt Wien** (2014): 3. Wiener Integrations- & Diversitätsmonitor. MA 17 | **Integration und Diversität**. <http://www.wien.gv.at/menschen/integration/pdf/monitor-2014.pdf> | - **Statistik Austria**: Einbürgerungen http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/einbuergierungen/ | **Stern, Joachim; Valchars, Gerd** (2013): Report on Austria. EUDO Citizenship Observatory. San Domenico di Fiesole. <http://eudo-citizenship.eu/admin/?p=file&appl=countryProfiles&f=2013-28-Austria.pdf>



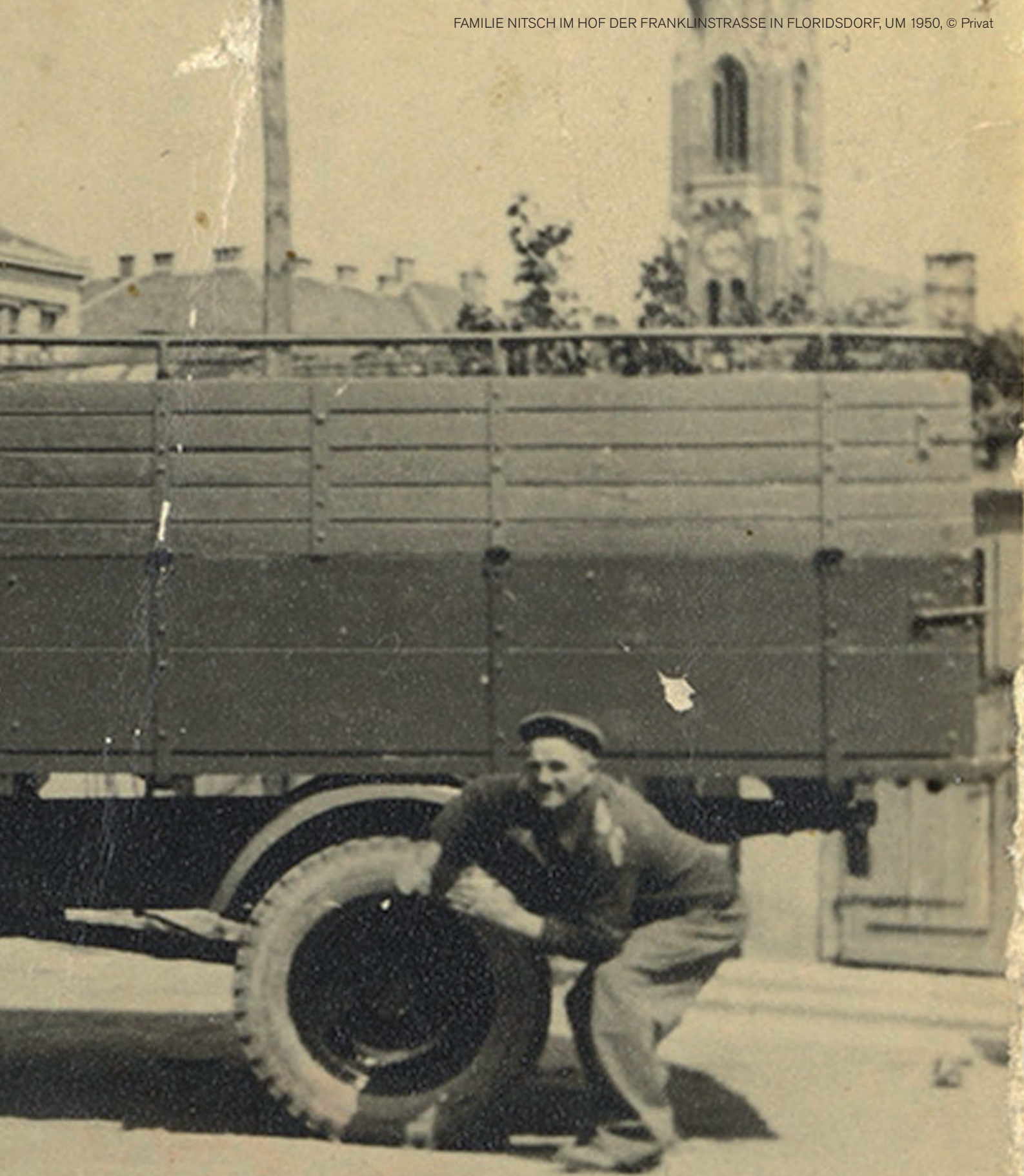
HAUSIEREN, 2014
Lilly Habelsberger
© Lilly Habelsberger



ROMANE THANA.

ORTE DER ROMA UND SINTI

WIEN MUSEUM



Eine Ausstellung in Kooperation mit Romano Centro, der Initiative Minderheiten sowie dem Landesmuseum Burgenland
Im Fokus der Ausstellung stehen „Lebensorte“ der Roma und Sinti in Wien und Burgenland. Dazu zählen die seit dem 18. Jahrhundert bestehenden Siedlungen der Burgenland-Roma, traditionelle Plätze in Wien, aber auch die Orte, die über die lange Verfolgungsgeschichte und den NS-Völkermord erzählen, wie Lackenbach, Auschwitz oder Łódź.

bis 17. Mai 2015 / Wien Museum / www.wienmuseum.at

PEGIDA, AfD und die politische Kultur in Sachsen

Auf Dresdens Straßen marschiert eine nur wenig trennscharfe Mischung aus strammem Konservatismus und extrem rechten Gedankengut. Über den politisch-kulturellen Nährboden von Islamophobie, Abendland-Rhetorik, PEGIDA und AfD berichtet Michael Lühmann.

Der Spuk auf der Straße scheint vorerst vorbei. Nachdem vor allem in Dresden mehrere Monate lang, mit ständig wachsendem Zuspruch, tausende selbsternannte »Patrioten« gegen eine vorgebliche »Islamisierung des Abendlandes« marschierten, sinkt seit Januar der Zuspruch rapide. Spaltung, politische Vereinnahmung und eine gewisse Veralltäglichsung des Protests lassen die selbsternannte »Bewegung« ebenso schnell schrumpfen, wie sie zuvor angewachsen war. Fürchtete oder erwartete mancher Kommentator Ende November noch eine Ausweitung des Phänomens auf die ganze Republik – die vielfältigen Ableger in Köln, Kassel, Würzburg und anderswo ließen derartiges zumindest für möglich halten – so schien mit Beginn des Jahres 2015 klar: »Das Abendland bleibt in Dresden«¹. Die sogenannte PEGIDA-Bewegung ist und bleibt also letztlich ein sächsisches Phänomen mit einer starken Verankerung in und um Dresden.

Nur hier ziehen, 25 Jahre nach der auch und gerade in Dresden so erfolgreich ostdeutschen Revolution, Montag für Montag tausende Menschen durch die Stadt, um ihre »Ängste« vor einer »Islamisierung des Abendlandes« auf die Straße zu tragen, mit der Revolutionslosung »Wir sind das Volk« auf den Lippen. Doch was die »Patriotischen Europäer« eint, ist gerade nicht der mit 1989 verbundene Kampf für Freiheit und Freizügigkeit, gegen Mauern an Landesgrenzen und in den Köpfen. Sondern das blanke, ressentimentgeladene Gegenteil. Da kann die ehemals mahnende Ruine der Frauenkirche noch so sehr daran erinnern, wozu die »christlich-abendländische Tradition«, auf die sich PEGIDA beruft, auch fähig gewesen ist. Zynisch mutete deshalb auch der ständige Verweis auf die Revolution von 1989 an. Ein rhetorisches Husarenstück auch von AfD-Sprecher Konrad Adam in den PEGIDA-Demonstra-

tionen eine Reaktion auf »die jahrzehntelange Gängelei durch Medien und Altparteien« sehen zu wollen.²

Denn PEGIDA steht nicht in der Tradition von 1989, sondern in einer viel traurigeren, in Sachsen politisch-kulturell tief verankerten Ablehnung des Anderen, sei es fremd, sei es links, sei es irgendwie modern. Einzig in Sachsen, und mit Abstrichen in Bayern, kommt das linke Lager weder in Umfragen noch in Wahlen deutlich über vierzig Prozent Zustimmung, der rot-grüne Meinungsumschwung von 1998 bis 2005 bildet sich in Sachsen nicht ab, nur in Sachsen haben AfD und NPD zugleich ihre Hochburgen.

Schließlich wird in Sachsen schon seit den Neunziger Jahren mit ultrakonservativen, ins Extremrechte reichenden Parolen Politik gemacht. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, also die feindselige Einstellung gegenüber Menschen, die religiös, sozial, ethnisch, lebensstilistisch etc., von einer selbstgesetzten Norm abweichen³, ist in Sachsen dauerhaft anwesender und relevanter Teil der politischen Auseinandersetzung, parlamentarisch repräsentiert bisweilen durch die Union, dann einige Jahre durch die NPD und nun durch die AfD.

RECHTE AUFMÄRSCH – EINE TRAUERIGE TRADITION

Erinnert sei an das Jahr 1991, als vom sächsischen Hoyerswerda ausgehend eine ganze Reihe von ausländerfeindlichen An- und Übergriffen die Bundesrepublik erschütterte. Erinnert sei aber auch an den ehemaligen sächsischen CDU-Justizminister und Bundespräsidentenskandidaten Steffen Heitmann, der 1993 zu Protokoll gab, es gäbe in Deutschland »eine intellektuelle Debattenlage, die nicht unbedingt dem Empfinden der Mehrheit der Bürger entspricht, die

man aber nicht unbestraft verlassen kann. Und dazu gehört das Thema Ausländer. Dazu gehört das Thema ›Vergangenheit Deutschlands‹: die Nazi Vergangenheit. Dazu gehört das Thema Frauen.«⁴ Hier müsse, so Heitmann weiter, dem Normalbürger auch einmal die Stimme verliehen werden – jene Stimme des gesunden Menschenverstandes, die rechtspopulistische Bewegungen immer wieder bemühen, um sprachliche Grenzüberschreitungen wider die politische Korrektheit des vermeintlichen linksliberalen Meinungsmainstreams zu durchbrechen.⁵ Heitmanns Einwürfe 1993 – die ihn zwar die Kandidatur zum Amt des Bundespräsidenten kosteten, gleichwohl nicht seinen Posten als sächsischen Justizminister gefährdeten – tauchten in den vergangenen Monaten in Abwandlung wieder auf. »Mut zur Wahrheit«, der »gesunde Menschenverstand«, die AfD als Wiedergängerin Heitmanns, erzielte in Sachsen schon vor ihrem Höhenflug zur Europawahl ihre besten Ergebnisse.

Auch rechte Aufmärsche haben in Sachsen eine traurige Tradition. Erinnerung sei hier etwa an die vielfach in Vergessenheit geratenen Aufmärschen von NPD und JN zum und am Leipziger Völkerschlachtdenkmal, die erst nach einem langen Kampf der Leipziger Zivilgesellschaft aus der Stadt verdrängt werden konnten. Die schnelle Gegenwehr gegen einen möglichen LEGIDA-Ableger sollte dabei auch als Signal nach Dresden verstanden werden, PEGIDA deutlich mehr zivilgesellschaftliche Empörung entgegenzusetzen, als die immer kleiner werdenden Gegendemonstrationen es derzeit tun. Und nicht zuletzt wird daran zu erinnern sein, dass die NSU-Terroristen mehr als ein Jahrzehnt ausgerechnet in sächsischen Städten Unterschlupf finden konnten.

Dennoch, im Parlament blieben die rechten Parteien lange außen vor. Die Sächsische Union und die »Junge Union Sachsen und Niederschlesien« ließen rechts von sich lange keinen Platz. Noch im Jahr 1999 scheiterten offen rechte Parteien in Sachsen – allerdings nur an ihrer Zersplitterung. Erst 2004 gelang es der NPD mit 9,2 Prozent fast auf die SPD aufzuschließen. Mit einer solchen Zustimmung im Rücken schwadronierte die NPD im Folgejahr vom »Bombenholocaust« und beorderte fortan rechte Kräfte Jahr für Jahr in die sächsische Hauptstadt, um diese als neuen rechten Erinnerungsort für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Dank der auch vielfach zugereisten beharrlichen Zivilgesellschaft gehört dieses gruselige Ritual zwar der Vergangenheit an.⁶ Allerdings wirft die mediale und juristische Nachbe-

reitung der Gegendemonstrationen wiederum ein Schlaglicht auf die Spezifik der öffentlichen Auseinandersetzung in Sachsen.

WISSENSCHAFTLICHE, POLITISCHE UND KULTURELLE POLARISIERUNG

Denn, dass Gegendemonstrantinnen und –demonstranten immer wieder als »Linksextremisten« denunziert werden, dass einer der wichtigsten Organisatoren, Pfarrer Lothar König, verklagt wurde, dass soeben erst durch das Amtsgericht Dresden die Aufhebung der Immunität des linken Ministerpräsidenten Thüringens, Bodo Ramelow, im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen rechts eingeleitet wurde, verweist als weiterer Mosaikstein auf eine politische Kultur im Freistaat Sachsen, in dem antifaschistische Zivilcourage mithilfe der sogenannten Extremismustheorie nicht selten unter Generalverdacht gestellt wird. Die Verkürzung von Hannah Arendts Totalitarismustheorie als unterkomplexe Theorie der Gleichsetzung von links und rechts findet ihren Ausdruck und wissenschaftlichen Ausfluss vor allem in der, nahezu allein, in Sachsen üppig gedeihlichen »(Links-)Extremismusforschung«.⁷ Und diese habe in Sachsen seit Jahren »eine weitestgehende Deutungshoheit im öffentlichen Diskurs.«⁶

Wie sehr dies in den politischen Diskurs eingesickert ist, zeigt die Reaktion der Landtagsfraktion der CDU auf die PEGIDA-Märsche und die Gegendemonstrationen vom 18.12.2014, wonach ihre größte Sorge nicht die Forderungen der PEGIDA war, sondern die Wahrung des hohen Gutes »der Meinungs- und Versammlungsfreiheit«, welche zu verteidigen sind, um dem nachzuschieben: »Sitzblockaden sind nicht wie von den Linken verniedlichte »sitzende Veranstaltungen«, sondern ein Verstoß gegen geltendes Recht. Wer das Versammlungsrecht anderer einschränkt, muss mit juristischen Konsequenzen rechnen. Wir sagen ganz klar: Nein zu Blockaden und Gewalt und Ja zu einer friedlich gelebten Protestkultur!«⁹ Die Speerspitzen dieses wissenschaftlich höchst umstrittenen Denkens, Uwe Backes und Eckhard Jesse, lehren bzw. lehrten ausgerechnet in Sachsen, am Dresdener Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung und an der TU Chemnitz.¹⁰ Für den Politologen Christoph Butterwege ist die Zielrichtung der Linksextremismusforschung und damit auch des Vorwurfs des Linksextremismus hingegen klar: »Grau- bzw. ‚Braunzonen‘, ideologische Grenzgänger und inhaltliche Überschneidungen zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus werden nicht mehr thematisiert oder bewusst tabuisiert.«¹¹ Butterweges Warnung klingt wie ein Meta-Kommentar zu PEGIDA.

POLITISCHE REAKTIONEN

Wie aber passen nun die PEGIDA-Demonstrationen in dieses Bild? Schließlich sehen und stellen sich die Demonstrantinnen und Demonstranten in Dresden nicht in die Denktradition der extremen Rechten. Zum einen dürfte vor dem Hintergrund mancher Radikalisierung der gerade in Sachsen verbreitete »Extremismus der Mitte«¹² ein wenig smarter daherkommen, zumal er auf eine politische Debatte trifft, die in ihrer Polarisierung manch seltsames Freund-Feind-Schema erbaut hat. Die Demonstrationen in Erfurt gegen Rot-Rot-Grün wären in Dresden vermutlich ungleich größer und heftiger ausgefallen. Nahezu 26% für AfD und NPD im Wahlkreis Bautzen V, dramatische Zugewinne der AfD im Süden Sachsens schon seit 2013, zeigen das politische Potential – auch und gerade von PEGIDA.

So verwundert es auch nicht, dass es die AfD war, die von Anfang an die Nähe zu PEGIDA suchte. Der stellvertretende Sprecher der AfD Alexander Gauland nannte PEGIDA einen »natürlichen Verbündeten« der AfD, die Bundessprecherin und sächsische AfD-Frontfrau Frauke Petry machte frühzeitig Gesprächsangebote, half organisatorisch, wo sie konnte. Und auch der eigentliche Vorsitzende der AfD, Bernd Lucke, schlug sich tendenziell auf die Seite der Marschierenden von Dresden. In der Union war das Bild ungleich vielgestaltiger. Zu Merkels radikaler Absage an den Hass der Bewegung gesellt sich in der Union auch immer wieder Verständnis, bis hin zu einer offenen und eingelösten Gesprächsbereitschaft in der sächsischen Union. Und auch Sigmar Gabriel, immerhin Vizekanzler und SPD-Chef, suchte den Dialog mit der Bewegung, dessen Grundlage eigentlich nicht vorhanden sein dürfte, weil Ressentiments und Rassismus keine Basis für demokratischen Dialog sein sollten.¹³ Vielmehr zeigen die Dialogangebote nur eines: dass es AfD und PEGIDA gelungen ist, den politischen Diskurs in der Bundesrepublik nach rechts zu verschieben.

Und sie zeigen auch, dass die sächsische Union es nicht mehr schafft, ein Milieu zu binden, welches sich nicht als rechts bezeichnen würde, gleichwohl in seinen Argumentationsmustern PEGIDA ebenso nahesteht wie die Anhänger der NPD: das ultrakonservative, radikal-evangelikal überformte Milieu des sächsischen Bibelgürtels.¹⁴ Jener Region im Süden und Osten des Landes, in der sich im Windschatten eines landesweiten Einsickerns von rechtem Gedankengut in die Gesellschaft eine besonders regressive Gesellschaftspolitik erhalten und weiterentwickelt hat: das Verbot von Abtreibung, die

Ablehnung gleichgeschlechtlicher Ehen, die Ablehnung von Gleichstellung und von Meinungsppluralismus und immer wieder Angst und Stimmungsmache gegen Migranten, Muslime, Linke. Das alles ist in jenen Regionen nicht unbedingt mehrheitsfähig, aber im politisch-kulturellen Alltag auch mehr als ein Randgruppenphänomen. Zur Illustration: Ein Fünftel der sächsischen Landeskirchgemeinden drohten mit Kirchenspaltung, als die evangelische Kirche gleichgeschlechtliche Partnerschaften in sächsischen Pfarrhäusern legalisieren wollte. Ein bis heute nur in Sachsen nicht generalisiertes Recht.


HINTER DER FASSADE DES GESUNDEN MENSCHENVERSTANDES

Aufgefangen wurde dieses Denken lange Zeit von der sächsischen Union. So trat der ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende im sächsischen Landtag, Steffen Flath, in Annaberg-Buchholz gern als Redner beim »Marsch für das Leben« auf – einer Veranstaltung der christlich-fundamentalistischen »Christdemokraten für das Leben«¹⁵, die vor allem mit kruden, ins Völkische reichenden Thesen zur Abtreibung auffallen. Auch die »Aktion Linkstrend stoppen«, ein Zusammenschluss ganz besonders konservativer CDU-Mitglieder, ist ein solches Aufgabebekken. Hier wird sich dem Kampf der »schleichenden Islamisierung« verschrieben, aber auch dem radikalen Lebensschutz. »Leitkultur« statt »Multi-Kulti« und »Vorfahrt für Ehe und Familie« sind weitere Grundsätze jener Rechtsausleger der Union,¹⁶ die vor allem in Publikationsorganen der Neuen Rechten (»Junge Freiheit«, »Freie Welt«, »politically incorrect«, etc.) weiter radikalisiert werden.

Doch auch wenn jener aufkeimende Tea-Party-Konservatismus in der sächsischen Union nicht gänzlich zum Erliegen gekommen ist, so stehen dessen radikalere Erben schon längst in den Startlöchern. Umso weniger verwundert der Zulauf und der Erfolg für die ideologisch hinter PEGIDA stehende AfD. Sie ist das neue Sammelbecken unterschiedlich argumentierender gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zugleich deren Katalysator.

Mithilfe der freundlichen Fassade einer sachlichen Partei des gesunden Menschenverstandes lässt sich ganz anders gegen den Mainstream agieren, als dies mit der NPD möglich war: Restriktive Zuwanderungspolitik, Schutz der heterosexuellen Normalfamilie vor der »Homo-Lobby«, Verbot von Abtreibung und Sterbehilfe aus religiösen Gründen (und zum Erhalt des deutschen Volkes), die Ablehnung von Gleichstellung als »Genderideologie«, die Geißelung von »Sprachhygie-

ne«, Islamophobie und Hass auf alles Linke und Grüne. Es ist dies vor allem die Ideologie einer Beatrix von Storch, einer Frauke Petry und der hinter ihnen stehenden radikalliberalen, ultrakonservativen, in evangelikale, extrem-katholische und neurechte Kreise und Medien vernetzte Kreise, welche in der Verteidigung des »christlichen Abendlandes«¹⁷ zum Ausdruck kommt. Die argumentativen Übergänge nach rechts sind auch anderswo offensichtlich fließend, etwa wenn die AfD im Wahlprogramm von »Asylanten« spricht¹⁸, wenn die »Patriotische Plattform« in der AfD (natürlich ein sächsisches Produkt) die »Machtpolitik der Islamverbände« und die »Wahnvorstellung einer multikulturellen Gesellschaft« geißelt.¹⁹ So steht der sich immer mehr durchsetzende Tea-Party-Konservatismus der AfD prototypisch für eine »Ergänzung« und Anlehnung an extrem rechtes Denken. Kurzum, wenn es darum geht, dieses Denken zu stellen, so wird man nicht umhin kommen, die AfD politisch zu stellen, weil sich in ihr, vor allem in ihr abseits der Aufmärsche auf den Straßen der sächsischen Kapitale die unselige Kultur der Menschenfeindlichkeit mit der spezifischen politischen Kultur in Sachsen, einer religiös-fundamentalistischen Fundierung in Gestalt des »gesunden Menschenverstandes« verbunden hat.

Der Glaube auf Dresdens Straßen über die Vehikel PEGIDA und ihren politischen Arm, die AfD, einem bürgerlichen Bündnis anzugehören, öffnet vor diesem Hintergrund die Schleusen eines »gesunden Menschenverstandes«, der in Sachsen – frei nach Bertolt Brecht – aus fruchtbaren Schoße kroch. 

MICHAEL LÜHMANN

ist Politikwissenschaftler und Historiker und arbeitet am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Zu seinen Themenschwerpunkten gehören die Parteienforschung, vor allem die Entwicklung der Bündnisgrünen und die Beobachtung rechtspopulistischer Parteien, die politische Kultur in Ostdeutschland sowie die Zukunft einer ökologischen Gesellschaft. Zuletzt war er Gastherausgeber eines special issue der Momentum Quarterly zum Thema »Was ist Fortschritt«.

1. O. V.: Das Abendland bleibt in Dresden, in: taz.de, 05.01.2015, URL: <http://www.taz.de/Pegida-in-Koeln-und-Berlin/!152286/>
2. Konrad Adam zu PEGIDA und ähnlichen Demonstrationen, Pressemitteilung der AfD, URL: <http://www.alternativefuer.de/konrad-adam-zu-pegida-und-aehnlichen-demonstrationen/>. Noch viel erschütternder der Versuch der AfD und PEGIDA, aus den Anschlägen auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo Kapital zu schlagen und sich so ins Recht zu setzen, obwohl der gefürchtete Prozess der Islamisierung fachlich und begrifflich gerade nicht geeignet ist, Terroranschläge zu beschreiben
3. Vgl. zum Ursprung des Begriffs Wilhelm Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: ders. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt/M. 2002.
4. Süddeutsche Zeitung, 23.09.1993; zum Hintergrund der Debatte vgl. Vom »Historikerstreit« zum »Fall Hohmann«: Kontroverse Diskussionen um Political Correctness seit Ende der 1980er Jahre, in: Lucian Hölscher (Hg.): Political Correctness. Der sprachpolitische Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen, Göttingen 2008, S. 60–105, hier S. 76–82.
5. Heitmann ist neben anderen DDR-BürgerrechtlerInnen wie etwa Vera Lengsfeld allerdings einer jener 1989er, deren rechtskonservative Positionen und Medien den Rückgriff auf 1989 auf eine sehr traurige Art plausibilisieren.
6. 2014 sagten die rechtsextremen Anmelder die Demonstration für das Jahr 2014 ab.
7. Vgl. aktuell zum Zusammenhang von PEGIDA und Extremismusforschung Miro Jennerjahn: PEGIDA und die Extremismustheorie, in: Publika.org, 17.12.2014, URL: <http://www.publika.org/2014/12/17/pegida-und-die-extremismustheorie/>.
8. Ebd.
9. Marko Schiemann, Christian Hartmann: »Wir müssen das hohe Gut der Meinungs- und Versammlungsfreiheit verteidigen«, Pressemitteilung der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, 18.12.2014, URL: <http://www.cdu-fraktion-sachsen.de/aktuell/pressemitteilungen/meldung/wir-muessen-das-hohe-gut-der-meinungs-und-versammlungsfreiheit-verteidigen.html>.
10. Passenderweise fokussiert Jesse in einem Interview mit der Thüringer Allgemeinen vom 06.01.2015 vor allem eine über eine forsa-Umfrage hergestellte Verbindung von PEGIDA und Sympathie durch LINKE-Wählerinnen und –wähler, erwähnt aber mit keinem Wort rechtes Denken, vgl. Eckart Jesse: »Linkspartei läuft Gefahr, ihre Wähler zu vergraulen«, in: Thüringer Allgemeine, 06.01.2015.
11. Christoph Butterwegge: Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechts extremismus, Rassismus und Gewalt?, Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems, in: ders. / Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, Opladen 2000, S. 13–36.
12. Zu dessen Wesensmerkmalen eben gerade »Angst« vor »Überfremdung« und »dem Islam« gehört, die Sehnsucht nach einem starken »Führer« oder die Überzeugung von den USA »fremdgesteuert« zu sein. Zum auf Martin Seymour Lipset zurückgehenden Begriff des »Extremismus der Mitte« in der zitierten Anwendung auf die Bundesrepublik Oliver Decker u.a.: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin 2010, URL: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>, Zitate ebd.
13. Unmissverständlich: Stefan Schönfelder, Wozu Dialog?, in: weiterdenken.de, 23.01.2015, URL: <http://www.weiterdenken.de/de/2015/01/23/wozu-dialog>.
14. Vgl. hierzu und im Folgenden: Jennifer Stange: Evangelikale in Sachsen. Ein Bericht, Dresden 2014, URL: http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/evangelikale_download_2014-08-19.pdf; Michael Lühmann: Der sächsische Biblebelt, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 29.08.2014, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/saechsische-biblebelt>.

15. Prominenter Kopf des sächsischen CDL-Ablegers ist Thomas Schneider, Mitinitiator der »Aktion Linkstrend stoppen«, ehemals Referent des evangelikalen Pressedienstes idea, derzeit Referent und Evangelist im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen, der PEGIDA für eine »längst fällige Protestbewegung« hält. Vgl. zum Denkgebäude Schneiders: <http://www.schneider-breitenbrunn.de/>.
16. Der Facebook-Auftritt bedarf keiner weiteren Kommentierung: <https://de-de.facebook.com/pages/Aktion-Linkstrend-stoppen-eV/302966328345>.
17. Es gilt hier nicht nur auf die Abwesenheit einer großen Anzahl Muslime in Sachsen hinzuweisen, sondern auch auf die niedrige Anzahl an Christen in Sachsen, die sich ums christliche Abendland sorgen.
18. AfD Sachsen. Wahlprogramm 2014, S.17. Weiters fordert die AfD dort, auf »an die sächsische Bevölkerung gerichteten Kampagnen für Weltoffenheit oder gar Antidiskriminierungsschulungen« zu verzichten (S. 18), sieht die Partei eine »freie Religionsausübung für Muslime in Sachsen auch ohne Großmoschee gewährleistet« (ebd.), fordert eine deutliche Aufwertung der deutschen Nationalgeschichte vor 1945 als identitätsbildende Notwendigkeit, das Absingen der Nationalhymne in Schulen bei feierlichen Anlässen, ein deutliche Aufwertung des Deutschunterrichts und den Verzicht auf die »Gleichstellung der Homo-Ehe«.
19. Vgl. Stellungnahme der Patriotischen Plattform: AfD muß sich gegen Islamisierung des Abendlandes aussprechen! URL: <http://patriotische-plattform.de/blog/2014/12/09/stellungnahme-der-patriotischen-plattform-afd-muss-sich-gegen-islamisierung-des-abendlandes-aussprechen/>. Auch warum PEGIDA ein »Glücksfall« sei und allein die AfD als »echte und einzige parlamentarische Alternative gegen den deutsch- und inländerfeindlichen Einheitsbrei der etablierten Parteien« zu betrachten ist, kann man hier nachlesen: Hans-Thomas Tillschneider: Pegida ist ein Glücksfall für Deutschland!, URL: <http://patriotische-plattform.de/blog/2014/12/13/pegida-ist-ein-gluecksfall-fuer-deutschland-von-ralf-hickethier/>.

			Nr. I.1034 L.Nr. 40/693 Augen: 12-14 Haare: X-Y Haut: hb. Kopfl.: 203 LBJ.: 76 Körpergr.: 176 Blg. % Kgr.: Abstammung:
Fam. Name: Horvath Vorname: Kalt Zigeunername: Waka	Geboren: 13.4.08 Rassenzugehörigkeit: Zigeuner	Vater: Mutter: Alter: 32	
133			
R 165/50			

AUFNAHME VON KARL WACKAR HORVATH (VATER VON CEIJA STOJKA) IM AUFTRAG DER RASSENHYGIENISCHEN FORSCHUNGSSTELLE, UM 1940, © Privat

DAS ANHALTELAGER AUF DER HELLERWIESE, 1940/41

Foto: Bundesarchiv, Bild 146-1987-108-18



ROMANE THANA.

ORTE DER ROMA UND SINTI

WIEN MUSEUM



Der lange Weg zur Bewegungspartei

Für die ZUKUNFT werfen Jens Gmeiner und Matthias Micus einen nachprüfenden Blick auf eine von ihnen erstellte europäische Vergleichsstudie, mit welchen Maßnahmen von Organisationsreformen die sozialdemokratischen Parteien in Europa wieder „raus ins Leben“ kommen wollen. Dabei untersuchen sie Ansätze, Probleme und Hindernisse beim Stopp des europäischen organisatorischen Abwärtstrends. Im ersten Teil ihrer Analyse in diesem Heft werfen sie einen Blick auf Katalysatoren und Hindernisse von Parteireformen. Im zweiten Teil, der in ZUKUNFT 03/2015 erscheinen wird, gehen sie näher auf soziale Grundlagen und Perspektiven dieser Prozesse ein.

Bereits vor rund vier Jahren erarbeiteten wir eine europaweite Vergleichsstudie über die Organisationsreformen in sozialdemokratischen Parteien.¹ Manches hat sich seither verändert, doch die Frage von damals, ob und wie sich der Niedergang der Sozialdemokratie aufhalten oder gar umkehren lasse, ist unverändert aktuell. Seither jedenfalls sind die damals erreichten Tiefpunkte der Parteienentwicklung vielfach noch unterschritten worden. Die SPÖ in Österreich, schon 2010 mit 243.000 Mitgliedern auf ein Drittel ihres Höchststandes von 721.000 Mitgliedern abgeschmolzen, hat seither noch einmal beinahe 20 Prozent ihres Bestandes verloren und umfasst im Jahr 2014 nur noch 205.000 organisierte Anhänger.

In der britischen Labour Party hat sich die Zahl der individuellen Mitglieder in nicht einmal 20 Jahren seit 1998 von 400.000 auf 200.000 rundweg halbiert. Statt 48.000 wie vor fünf Jahren zählen die dänischen »Socialdemokraterne« heute nur noch 44.000 Mitglieder, die seit 2009 folglich auch immerhin noch einmal gut 10 Prozent ihrer Basis eingebüßt haben – und damit anteilig einen ebenso großen Verlust verzeichnen wie die französische PS, wenngleich letztere für diesen Aderlass nur zwei Jahre benötigte. Und auch die SPD in Deutschland verliert weiter, von 512.000 im Dezember 2009 auf 467.000 im Juni 2014.

Andere Parteien stagnierten zuletzt immerhin, so die SAP in Schweden. Sie tut dies freilich auf einem historisch niedrigen Niveau, ihre Mitgliedschaft wird gegenwärtig auf rund 100.000 taxiert. Zum Vergleich: In den 1980er Jahren hat-

te die SAP durch den Kollektivanschluss der parteinahen Gewerkschaften noch 1,2 Millionen Mitglieder, dies bei damals acht Millionen Einwohnern. Heute zählt die Partei 100 000 Mitglieder in einem Land, dessen Bevölkerungszahl auf 9,6 Millionen gestiegen ist. Diese Zahlen relativieren auch für die SAP die Diagnose der Konsolidierung – die sich zudem auf die Mitgliederebene beschränkt.

An den Wahlurnen dagegen haben die schwedischen Sozialdemokraten bei den jüngsten beiden landesweiten Parlamentswahlen in 2010 und 2014 mit 30,7 Prozent und 31 Prozent Ergebnisse eingefahren, die so schlecht zuletzt 1914 waren. Dieselbe Aussage lässt sich für ihre Schwesterparteien in Dänemark und Österreich treffen, die sich elektoral ebenfalls auf den Stand vor etwa 100 Jahren zurückgeworfen sehen. Selbst die norwegische »Arbeiderpartiet«, die von 2005 bis 2013 eine rot-rot-grüne Regierung anführte, musste im selben Jahr mit 30,8 Prozent wieder auf den Oppositionsbänken Platz nehmen.² Und in Deutschland erzielte die SPD 2013 mit 25,7 Prozent ihren niedrigsten Wert bei Bundestagswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg – mit Ausnahme einzig der unmittelbar vorangegangenen Wahl von 2009, wo sie mit 23 Prozent noch schlechter abgeschnitten hatte.

KRISEN ALS MOTOREN UND BREMSEN FÜR REFORMPROZESSE

Insofern sich an der Ausgangslage wenig geändert hat und die Problemstellungen weitgehend identisch geblieben sind, erlaubt sich der Verweis auf die angesprochene, ältere Studie. Im Jahr 2010 stellten wir einige Gemeinsamkeiten mit Blick

auf den Auslöser und die Ausrichtung von Parteireformen fest. Den Anlass zur Erneuerung, so resümierten wir, bilden stets unaufhaltbar scheinende Mitgliederrückgänge, herbe Wahl-niederlagen, kräftig schwindende Vertrauenswerte, kurzum: in der Regel reale, zumindest aber gefühlte Krisenzeichen.

Die Reformkräfte formieren sich für gewöhnlich in Phasen des Abschwungs, in Momenten des Verlustes organisatorischer Stärke und elektoraler Breite sowie des Rückganges im Ausmaß von Regierungsbeteiligungen, in Perioden der Bedrohung. So diagnostizieren Jan Engels und János Molnár für Ungarn, dass die Rechtspartei Jobbik immer stärker werden würde, nach den Kommunalwahlen 2014 bereits den zweiten Platz für sich reklamieren und in der öffentlichen Wahrnehmung mittlerweile als potentielle neue Volkspartei und FIDESZ-Haupttherausforderer Nummer Eins gelte.³

Ein ganz ähnliches Bild zeigt sich für Frankreich und Schweden. Immer dann, wenn die französischen Sozialisten in der Krise stecken, fangen sie an, über sich selbst nachzudenken. Immer dann, wenn die Probleme besonders groß erscheinen, nimmt die intellektuelle Schlagzahl in der Partei zu, steigt die Intensität der Debatten, werden die großen Identitätsfragen gestellt: »Wer sind wir eigentlich?« und »Was wollen wir?«. An die Mitglieder der PS soll demnächst ein Fragebogen verteilt werden, um ihre Einstellungen zu ermitteln. Die Nummer Zwei der Partei, Guillaume Bachelay, wird ein *comité national de pilotage* – einen »nationales Lenkungs-komitee« – koordinieren, zu dem nationale und internationale Intellektuelle, Wissenschaftler, Unternehmer, Gewerkschafter, Verbandsvertreter und Künstler eingeladen werden, welche die PS bei ihrer Suche nach neuen Ideen unterstützen sollen. Als Abschluss ist ein *grand rassemblement national* geplant, also eine große nationale Zusammenkunft in Paris, bei der dann über eine neue Charta (*la charte de l'identité socialiste*) abgestimmt werden wird. Die neue Charta soll viel weiter als die *déclaration de principes* aus dem Jahr 2008 gehen. Außerdem sollen die Parteistrukturen reformiert werden. Denn die PS funktioniert »wie im Jahr 1905«, so der Parteivorsitzende Jean-Christophe Cambadélis.⁴

In Schweden wiederum kann das neue Etikett der »Zukunftspartei« (framtidspartiet) als Antwort darauf verstanden werden, dass die SAP bei den Wahlen 2006 und 2010 vor allem in den modernen großstädtischen Milieus an Rückhalt einbüßte und die liberalkonservativen Moderaten ihren Vorsprung in diesem wichtigen Wählersegment ausbauen konn-

ten.⁵ Dabei will die Partei künftig 25 Prozent der Listenplätze für Personen unter 35 Jahren reservieren. Zudem soll der Rekrutierungsprozess der wählbaren Kandidaten der SAP modernisiert werden, indem künftig ein Eigenschaftsprofil der Kandidaten erstellt und auf eine bessere Mischung unterschiedlicher Erfahrungs- und Kompetenzwerte geachtet wird.⁶

Freilich: Die Verjüngung der Kandidaten war bei der SAP schon vor der Wahl 2010 geplant, scheiterte damals aber deutlich. Vieles von dem, was als organisatorische und programmatische Reform verkündet wurde, ist insofern keineswegs so innovativ wie man zunächst vermuten könnte. Der politische Kommentator Göran Eriksson diagnostiziert für das Konzept der »Zukunftspartei« folgerichtig, es stelle »eine Fortsetzung von Prozessen (dar), die seit mindestens 20 Jahren in der Partei abgelaufen sind, aber nicht immer erfolgreich waren.«⁷ Den Unterschied könnte das geschärfte Bewusstsein, sich an einem Scheitelpunkt zu befinden, ausmachen.

HOCHMUT-SYNDROM

Wobei andererseits die Gewöhnung an Niederlagen ebenfalls nicht unproblematisch ist und den Reformimpetus bremsen kann. Die Reaktionen etwa der Exponenten der österreichischen SPÖ auf ihren anhaltenden Niedergang, die – zumindest anfängliche – Weigerung, umfassende und tiefgreifende Konsequenzen aus dem historischen Tiefststand bei der letzten Nationalratswahl zu ziehen, ist jedenfalls bezeichnend. Organisationssoziologen besitzen eine Reihe an Begriffskonstrukten – von der »Kompetenzfalle« über das »Ikarus-Paradox« und das »Hochmut-Syndrom« bis hin zum »pathologischen Lernen« – mit denen sie den Niedergang einst erfolgreicher Organisationen beschreiben, die unbeirrt an ihre Stärken glauben und darüber Veränderungen in ihrer Umwelt ignorieren, mit der Folge, dass die einstmaligen Ressourcen früherer Erfolge sich unbemerkt in Quellen des gegenwärtigen Misserfolges verkehren. Doch vermag dieser Deutungsansatz nicht zu erklären, weshalb einige Parteien in ihrem Reformeifer und vor allem auch in ihrem Problembewusstsein vor einigen Jahren schon einmal weiter waren als heute.

Der Grund für die getrübt Problemwahrnehmung dürfte vielmehr sein, dass zumindest in jenen Parteien, die lange schon mit Niedergangerscheinungen konfrontiert sind, die heutigen Parteipräsentanten den Krisen-Schock der letzten Jahre ein Stück weit überwunden haben. Die goldenen Jahre der Volksparteien geraten, je weiter sie zurückliegen, desto stärker auch in den eigenen Reihen in Vergessenheit. Eine

Normalität reduzierter Erwartungen und Ansprüche macht sich breit. Dafür spricht, dass etwa die aktuellen Wahlergebnisse der SPÖ einer politischen Stimmung entsprechen, wie sie sich in den regelmäßigen Umfragen der Meinungsforschungsinstitute seit langem schon niederschlägt.

DIREKTDEMOKRATIE UND INNERPARTEILICHER ZENTRALISMUS

Darüber hinaus postulierten wir 2010 in unserer Organisationsstudie, die Reformen würden zumeist an der Organisation ansetzen und Lösungen für die Probleme vor allem in modifizierten innerparteilichen Strukturen, Arbeitsweisen und Entscheidungsprozeduren gesucht. Die Schlagworte lauteten »Partizipation«, »Transparenz« und »Öffnung«. Die diskutierten Maßnahmen reichten von einer Ausweitung der Quotierungen für und einer Reduktion der Größe von zentralen Parteigremien über Erleichterungen von thematischen Basisentscheidungen bis hin zu auf die Mitglieder begrenzten Urwahlen oder offeneren, auch Nicht-Mitglieder einbeziehenden Vorwahlen für Kandidaten auf Ämter und Mandate.

Plebiszite zu Sach- und Personalfragen, das heißt Mitgliederbefragungen, Ur- und Vorwahlen sind überhaupt vielfach der Hoffnungsträger schlechthin. Infolge von Bildungsexpansion und Wissensrevolution, so heißt es oft, sei die Beteiligungsfähigkeit der Bevölkerung so groß wie nie zuvor. Auch sei die Bereitschaft zur Partizipation unverändert hoch, was die Vielzahl an Bürgerinitiativen und der bemerkenswerte Anteil in Vereinen organisierter Menschen zeige. Allerdings laufe das Engagement an den Parteien vorbei, schuld daran seien unzeitgemäße Parteistrukturen, eine hierarchische Willensbildung und Ortsvereine, die sich ausschließlich mit kommunalpolitischen Details befassen. Und da sämtliche Parteimitgliederstudien den Wunsch nach weitergehenden Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten als eine der wichtigsten Forderungen an die Parteien ermitteln, wird die Lösung aus dem Dilemma sinkender Mitgliederzahlen und fehlender Anziehungskraft in Experimenten mit Ur- und Vorwahlen gesucht.⁸

Die bisherigen Erfahrungen bestätigen, dass dadurch ein erheblich breiteres Spektrum der Mitgliedschaft mobilisiert werden kann als durch die herkömmliche Parteiarbeit. Bei letzterer liegen die Beteiligungsraten oft extrem niedrig, mit der spektakulären Ausnahme der Schweiz, wo das Aktivitätsniveau außergewöhnlich hoch ist, wo im Übrigen die Partei-

arbeit fast ausschließlich von Ehrenamtlichen getragen wird und rund die Hälfte der SP-Mitglieder zu regelmäßiger Partizipation bereit ist.

In den meisten anderen Ländern dagegen gehen zu Mitgliederversammlungen zumeist nur etwa zehn Prozent der Mitglieder, in den Niederlanden ergab eine Untersuchung für die PvdA lediglich 5 Prozent.⁹ An der Wahl des Spitzenkandidaten, der seit knapp zehn Jahren per Urwahl von den Mitgliedern bestimmt wird, nahmen dagegen im Jahr 2002 rund 50 Prozent der Mitglieder teil. Vergleichsstudien zeigen, dass sowohl die Art, das heißt vornehmlich der mit dem politischen Engagement verbundene Aufwand, als auch die Häufigkeit von Plebisziten auf die Mitmachquoten durchschlagen – nach dem Prinzip, je aufwendiger und je häufiger die Beteiligungsangebote, desto geringer der Mobilisierungserfolg. Ebenso beeinflusst die Landeskultur die Beteiligungsraten, weshalb die hochmobilisierten Volkskulturen in Italien, Frankreich und der Schweiz regelmäßig imposante Teilnahmewerte hervorbringen und andererseits die relativ geringe allgemeine Partizipationsneigung in Österreich in der Vergangenheit auch auf verhältnismäßig niedrige Mitmach-Quoten bei Mitgliederbefragungen der SPÖ durchschlug.¹⁰

Alles in allem aber spricht die Beteiligung der Mitglieder für Ur- und Vorwahlen. Doch die direkte Demokratie in den Parteien birgt auch Risiken. Plebiszite bringen das wohlorganisierte System von Quoten und Proporzverfahren durcheinander, auf das gerade Parteien in extrem fragmentierten Gesellschaften nicht verzichten können. Die Schweizer haben daher die sogenannte »Zauberformel« entwickelt, um mögliche Konflikte zwischen disparaten Sprachgruppen, Kulturen und Milieus frühzeitig zu moderieren bzw. gar nicht erst aufkommen zu lassen. Diese ist seit gut fünfzig Jahren weitgehend unverändert in Kraft und stellt, wenn man so will, die Reinform konkordanzdemokratischer Proporzverfahren dar, vermittels derer alle wichtigen Bevölkerungsgruppen ihren als gerecht empfundenen Anteil an öffentlichen Ämtern, Mandaten und Positionen zugesichert bekommen.

Aber auch in homogeneren Nationalstaaten können Volksparteien auf institutionalisierte Ausgleichsmechanismen kaum verzichten. Schließlich erheben sie den Anspruch, einen breiten Integrationsbogen über die verschiedenen Generationen, Schichten oder regionalen Identitäten zu spannen, die Gesellschaft im Kleinen abzubilden. Dazu bedarf es unter anderem gesicherter personeller Repräsentationen, die nicht

den Unwägbarkeiten von Mehrheitsentscheidungen unterworfen sein dürfen. Ausgewogene Personaltabaus bei Amts- und Mandatsträgern ergeben sich aber nur schwerlich aus basisdemokratischen Stimmungen.

Daher: Wo die Basis bei Kandidatennominierungen mitbestimmen darf, sind Vorwahlen meist mit Einschränkungen und Korrektivvollmachten der Parteispitzen kombiniert. Alle sozialdemokratischen Parteien kennen Quotenregelungen, die eine zielstrebige Hebung und Absicherung der Frauenanteile an Funktionen und Mandaten garantieren sollen. Zumeist reicht der Zugriff der Parteizentrale aber noch weiter. So wurden zuletzt neben Quotierungen für Frauen mancherorts auch Zielmarken etwa für die Repräsentation von Jungpolitikern und Migranten eingeführt. Zusätzlich dazu behält sich beispielsweise die Spitze der österreichischen SPÖ außerdem die eigenhändige Besetzung von zwanzig Prozent der Listenplätze mit sogenannten »zentralen Notwendigkeiten« vor.

Dennoch: Der Trend weist eindeutig in Richtung einer stärkeren Beteiligung der Parteibasen. In Schweden begann der Reformprozess unter dem Titel »Zukunftspartei« prototypisch an der Parteibasis, wo die Mitglieder befragt wurden, erst danach führte die Partei auf Distriktebene Workshops durch und analysierte die politischen Vorstellungen der Bevölkerung in verschiedenen Fokusgruppen.¹¹ Der Erneuerungsprozess setzte somit auf die Mitsprache der Funktionäre, Wähler und insbesondere der Mitglieder.¹²

Noch weiter geht der britische Labour-Chef Ed Miliband. Im Sommer 2013 skizzierte er die Eckpunkte der von ihm geplanten Parteireform in einer Rede.¹³ In dieser kündigte er an, dass nach seinem Willen künftig in allen Wahlkreisen, in denen Abgeordnete ihr Mandat niederlegen und ein neuer Kandidat zu bestimmen ist, Primaries abgehalten werden sollen. Also Wahlen, an denen nicht nur die Parteimitglieder, sondern alle interessierten Bürger teilnehmen sollen. Zwar soll es hierüber erst einmal einen innerparteilichen Diskussionsprozess geben. Miliband hat aber angekündigt, dass es bei der Wahl des Kandidaten für die nächste Londoner Bürgermeisterwahl auf jeden Fall eine solche offene Vorwahl geben wird.

Allerdings zeigt das Beispiel der Labour Party ebenfalls, dass ein Mehr an direkter Demokratie nicht unbedingt im Widerspruch zu einer forcierten Zentralisierung der parteiinternen Willensbildung steht. Ein Sonderparteitag am 1. März

2014, auf dem die im Sommer 2013 angekündigte Parteistrukturereform mit großer Mehrheit beschlossen wurde, fasste ebenfalls einen Beschluss zu den kollektiven, sogenannten Block-Gewerkschaftsmitgliedschaften. Demnach sollen nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren nur noch Beiträge für Mitglieder, die über eine Gewerkschaft assoziiert sind, akzeptiert werden, wenn die einzelnen Gewerkschaftsmitglieder sich frei dafür entscheiden. Gleichzeitig sollen den assoziierten Mitgliedern bestimmte Partizipationsrechte – insbesondere das aktive Wahlrecht bei der Wahl des Parteivorsitzenden und das Rederecht bei Mitgliederversammlungen – eingeräumt werden.¹⁴

Diese Veränderung resultiert in der Auflösung des »Electoral College« bei der Wahl des Parteivorsitzenden, in welchem die Stimmen der Mitglieder der Unterhausfraktion, der Gewerkschaftsmitglieder und der normalen Parteimitglieder bisher jeweils mit einem Drittel gewichtet wurden, mit der Folge, dass zum Beispiel die Stimme eines Gewerkschaftsmitglieds erheblich mehr zählte als die eines einzelnen Parteimitglieds. Bei der Wahl des Vorsitzenden gilt künftig das »One-Member-One-Vote«-Verfahren.¹⁵ Das kommt einerseits dem einzelnen Mitglied zugute. Andererseits wird die das ganze letzte Jahrhundert über gefürchtete »Block Vote« der Gewerkschaften gebrochen – und insofern eine wichtige innerparteiliche Vetomacht und potentielle Widerstandsquelle gegen den Kurs der Parteiführung empfindlich geschwächt.

Der Parteispitze scheint die Strukturreform wichtig zu sein, so wichtig, dass sie auch finanzielle Einbußen hinzunehmen gewillt ist. Der derzeit lautstärkste Kritiker der Parteiführung, der Chef der Gewerkschaft Unite, Len McCluskey, hat nach dem Sonderparteitag jedenfalls bekannt gegeben, dass Unite die Zahl der von ihr gestellten assoziierten Labour-Mitglieder auf 500.000 halbiert, sodass auch die jährlich abgeführten Beitragszahlungen für 2014 von 3 auf 1,5 Millionen Pfund gekürzt werden. Damit folgt Unite einem Schritt der Gewerkschaft GMB, die bereits zuvor angekündigt hatte, die Zahlungen von 1,2 Millionen auf 150.000 zu drücken.¹⁶ Labour drohen also noch vor Beginn des Wahlkampfes gewaltige Budgeteinschnitte.¹⁷

Dass man nicht von einer Schwächung der Parteispitze durch direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten ausgehen sollte, darauf weist auch das ungebrochene Geschlossenheitspathos hin, das von hohen Parteirepräsentanten bei jeder Gelegenheit beschworen wird. Mehr noch: Manche Mitglie-

derbefragung scheint weniger durch einen echten Glauben an den Wert der Basisdemokratie inspiriert als vielmehr dem Wunsch geschuldet zu sein, die Mitglieder richten zu lassen, was die Parteiführung alleine nicht zu lösen vermag. Die Abstimmungen von SPD-Mitgliedern in Thüringen und im Bund etwa, hier über die Große Koalition in Berlin, dort über ein rot-rot-grünes Bündnis in Magdeburg, wurden nicht zuletzt deshalb ausgerichtet, weil die Spitzen den angestrebten Weg in die umstrittenen Koalitionen nur auf diese Weise gehen konnten.¹⁸

DIE REFORMVERHINDERER: DER PARTEIMITTELBAU

Die Verlierer einer stärkeren Basisbeteiligung sitzen anderswo, im organisatorischen Mittelbau. In Schweden starteten im Herbst 2010 sozialdemokratische Blogger auf dem Blognetzwerk Netroots eine »Offene Krisenkommission«, wo alternative Modelle zur Wahl des Parteivorsitzenden diskutiert wurden. Das Modell der Blogger beinhaltete neben der Aufwertung des Stimmrechts jedes einzelnen Mitglieds, Vorwahlen und der Basisbefragung aller Kandidaten eine vollkommene Entmachtung der regionalen Parteidistrikte bei der Wahl des Vorsitzenden.¹⁹

Für die Verortung der innerparteilichen Reformwiderstände liefert die Diskussion um die sogenannten Primaries in Deutschland ein anschauliches Beispiel. In den Jahren 2010 und 2011 zählte auch der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel zu den eifrigen Apologeten offener Vorwahlen. Dass Parteien keine geschlossene Veranstaltung sein dürften, gehörte in dieser Zeit zu seinem Credo. Daher sollte beispielsweise der Kanzlerkandidat künftig nicht mehr von den Gremien oder kleinen Zirkeln gekürt, sondern von der Basis, erweitert um interessierte Nicht-Mitglieder, gewählt werden. Gegen diese Öffnung über die Parteigrenzen hinaus rebellierten die Parteiflügel, Arbeitsgemeinschaften und mittleren Organisationseinheiten. »Unsinn« verlautbarte es aus dem Seeheimer Kreis konservativer Sozialdemokraten. Und nach Protesten aus Landes-, Bezirks- und Unterbezirksverbänden wurde die Vorwahl zu einer bloßen Verfahrensmöglichkeit herabgestuft, über deren Durchführung der Vorstand der jeweiligen Gliederungsebene entscheiden darf.

Auch die bisherigen Versuche zur Reform der SPÖ scheiterten ganz wesentlich am Funktionärskörper der Partei: an seiner schieren Größe, aber ebenso sehr an der hohen Kontinuität im sozialdemokratischen Apparat. Zahlreiche Träger

der Parteiarbeit wirken in ihren Funktionen bereits seit Jahrzehnten unbeirrt. In den siebziger Jahren mit idealistischem Überschuss eingetreten, sind sie in ihren Ämtern langsam desillusioniert, mürrisch und alt geworden. Nostalgisch blicken sie auf ihre Eintrittsjahre zurück, in die Kreisky-Ära, deren Namensgeber ihnen unverändert als der prototypische Vorsitzende und deren Sozialdemokratie ihnen weiterhin als anzustrebendes Ideal gilt.

Wenn Aktive und Ehrenamtliche überaltert sind, was unter anderem auch auf den Funktionärskader und die größere Parteiführung (geschäftsführender Ausschuss und Parteivorstand) der schwedischen SAP zutrifft, sind Lernstörungen und Verweigerungshaltungen wahrscheinlicher. Denn alle neuen Informationen werden auf die Lösungsansätze und Erfahrungen der Vergangenheit projiziert, was zu Fehlanpassungen und im schwersten Falle zu organisatorischem Strukturkonservatismus führen kann. Im Jahr 2011 dominierten nach Berechnungen des Svenska Dagbladet die Kohorten der 1950er Jahre die Parteiführung der schwedischen SAP.²⁰

»Pathologisch ist ein Lernprozeß«, schrieb bereits vor mehreren Jahrzehnten der Politikwissenschaftler Karl W. Deutsch, »durch den die zukünftige Lernfähigkeit des Systems nicht erhöht, sondern vermindert wird. Wille und Macht können leicht in selbstzerstörerisches Lernen umschlagen, wenn sie zur Überbewertung der Vergangenheit gegenüber der Zukunft (...) oder gegenwärtiger Erwartungen gegenüber allen möglichen Überraschungen, Entdeckungen und Veränderungen führen.«²¹ Dieses pathologische Lernen zeigt sich dort, wo Funktionäre im Rentenalter sämtliche nicht in ihr Konzept passenden Erfahrungen ausblenden, eine introvertierte Binnenorientierung den Informationsaustausch mit der Außenwelt ersetzt und wider allen gesellschaftlichen Wandel gestrige Erfolgsmodelle fortzuschreiben versucht werden.

Den Beharrungskräften des Parteiapparates kommen auch die zuletzt gehäuften Wechsel an der Spitze der sozialdemokratischen Parteien zugute. In der schwedischen SAP steht mit Stefan Löfven aktuell bereits der vierte Vorsitzende seit der Wahlniederlage von 2006 an der Parteispitze, zwischen 1925 und 1996, also innerhalb von 71 Jahren, waren es genauso viele. Die SPÖ hatte zwischen 1945 und 1983 drei Vorsitzende, seither immerhin schon 6, die SPD seit Willy Brandts Rücktritt 1987 sogar 11.

Mit jedem Vorsitzenden sind personelle Umbesetzungen

an der Spitze und inhaltliche Neujustierungen verbunden, ein jeder verfolgt eigene Lieblingsprojekte und bricht die der Vorgänger ab oder lässt sie versanden. Das muss nicht immer schlecht sein. Für die Parti Socialiste kommt Michel Noblecourt zu dem Urteil, dass man die Partei nach dem Amtsantritt von Jean-Christophe Cambadélis wieder »hört (...) Sie ist sehr geschwächt aus der Kommunalwahl hervorgegangen«. Aber sie sei wieder sichtbar geworden. Innerhalb von hundert Tagen habe »Camba« die Beziehungen mit der Exekutive geklärt, die Basis für eine Sanierung der Partei gelegt und versucht, die Verbindungen mit der Gesamtheit der Linken wiederherzustellen.²² Dennoch: Den »Anti-Désir«, also das Gegenstück zu seinem Vorgänger, gibt er trotzdem.

Von Parteireformen blieb dadurch in der Vergangenheit zumeist nicht allzu viel. Trotz gewisser Erfolge gilt das auch für den jüngsten Reformprozess der SPD in Deutschland. Der brisanteste Punkt, die offenen Vorwahlen bei der Bestimmung des Kanzlerkandidaten, wurde – wie erwähnt – gestrichen. Und über den Rest hieß es in dem Abschlusspapier »Partei in Bewegung« bewusst unverbindlich, dass nicht zuvörderst Satzungs-korrekturen angestrebt würden, sondern »Praxisänderungen«.²³ Das gilt in ähnlichem Maße für die Reformprozesse der schwedischen SAP. Insofern überrascht es nicht, dass nach dem intimen Kenner der sozialdemokratischen Organisation in Schweden, Ulf Bjereld, in der Partei weiterhin eine »autoritäre Kultur der Verslossenheit (gelte), die allzu lange die Parteiarbeit geprägt hat.«²⁴

MATTHIAS MICUS

ist Akademischer Rat am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

JENS GMEINER

ist Politologe und Skandinavist und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Er promoviert zur Zeit über die Wandlungsprozesse der schwedischen Konservativen seit 2002.

1. Vgl. hierzu und im Folgenden Matthias Micus, Organisationsidentität und -reform sozialdemokratischer Parteien in Europa, in: Friedrich-Ebert-Stiftung: Internationale Politikanalyse, Berlin, September 2010, online einsehbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07648.pdf> [eingesehen am 20.11.2014].
2. Vgl. Jens Gmeiner, Machtwechsel in Norwegen, in: Zukunft, H. 12/2013, S. 20–25.
3. Jan Niklas Engels/János Molnár, Kommunalwahlen in Ungarn. Eine Wahl mit wenigen Überraschungen und vertrauten Ergebnissen, online einsehbar unter http://fesbp.hu/common/pdf/Kommunalwahlen_in_Ungarn_okt_2014.pdf [eingesehen am 30.10.2014].

4. Vgl. Michel Noblecourt, »PS: cent jours de ›Cambamania‹«, in: Le Monde, 16.07.2014 ; vgl. auch das Projet de Résolution du Bureau national du 8 juillet 2014 (Entschließungsantrag des nationalen Büros vom 08.07.2014), online einsehbar unter <http://www.parti-socialiste.fr/communiqués/etats-generaux-du-parti-socialiste-reformuler-ensemble-notre-identite> [eingesehen am 01.11.2014].
5. Vgl. Stefan Löfven u.a., »Största förnyelsearbetet på 20 år ska modernisera S«, in: Dagens Nyheter, 23.11.2012.
6. Vgl. Dokument der SAP, Framtidspartiet i svensk politik, S. 4, online einsehbar unter http://www.socialdemokraterna.se/upload/Framtidsarbetet/Var_plattform.pdf [eingesehen am 01.11.2014].
7. Göran Eriksson, S gör nytt försök sikta på framtiden, in: Svenska Dagbladet, 24.11.2012.
8. Vgl. hierzu Tim Spier u.a., Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2012.
9. Vgl. den Bericht über die Abteilung in Leiden, in: Arie De Jong (Hg.), Macht en tegenmacht in de Partij van de Arbeid, in: Socialisme & Democratie (2007) H.4, S.22–31, hier S. 23.
10. Rainer Nick, Die Wahl vor der Wahl: Kandidatennominierung und Vorwahlen, in: Wolfgang C. Müller u.a. (Hg.), Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994, Wien 1995, S.67–118.
11. Ausführlich zur Neuausrichtung der SAP Jens Gmeiner, Die »Zukunftspartei« Schwedens? Die Schwedische Sozialdemokratie zwischen erfolgreicher Vergangenheit und unsicherer Zukunft, in: Friedrich-Ebert-Stiftung: Internationale Politikanalyse, Berlin 2013, online abrufbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09824.pdf> [eingesehen am 15.11.2014].
12. Vgl. Stefan Löfven u.a., »Största förnyelsearbetet på 20 år ska modernisera S«, in: Dagens Nyheter, 23.11.2012.
13. Vgl. Ed Miliband, One Nation Politics, Rede in London am 9.7.2013, online einsehbar unter <http://www.labour.org.uk/one-nation-politics-speech> [eingesehen am 15.11.2014].
14. The Collins Review into Labour Party Reform, online einsehbar unter <http://www.theguardian.com/politics/interactive/2014/feb/04/lord-collins-report-labour-party-reform> [eingesehen am 01.11.2014].
15. George Eaton schätzt, dass der Vorsprung Ed Milibands vor seinem Bruder unter OMOV bei der Wahl 2010 8,8 statt 1,3 Prozent betragen hätte. Vgl. George Eaton, How the Labour leadership result changes under a one-member-one-vote system, in: newstatesman.com, 11.07.2013, online einsehbar unter <http://www.newstatesman.com/politics/2013/07/how-labour-leadership-result-changes-under-one-member-one-vote-system> [eingesehen am 12.11.2014].
16. Vgl. Nicholas Watt, Unite union cuts Labour funding by 1,5m, in: The Guardian, 06.03.2014.
17. Vgl. Nicholas Watt/Matthew Taylor, Ed Miliband to GMB boss: I will reform funding of the Labour party, in: The Guardian, 05.09.2013.
18. Vgl. Robert Rossmann, Kampf gegen Auszehrung, in: Süddeutsche Zeitung, 31.10.2014.
19. Vgl. hierzu Cecilia Garme, Upp till kamp emot valet, in: Fokus, Nr. 10/2011.
20. Vgl. Lena Hennel/Lova Olsson, Varning för åldrad S-ledning, in: Svenska Dagbladet, 24.03.2011.
21. Karl W. Deutsch, Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven, Freiburg i. Br. 1970, S.329.
22. Michel Noblecourt, »PS: cent jours de ›Cambamania‹«, in: Le Monde, 16.07.2014.
23. Vgl. Parteivorstand der SPD, Partei in Bewegung – Organisationspolitisches Grundsatzprogramm der SPD – Demokratie im Wandel, online einsehbar unter http://www.spd.de/presse/Pressemitteilung/21586/20111204_leitantrag_organisationspolitik.html [eingesehen am 14.10.2014].
24. Ulf Bjereld, Saknar S modet att förändras?, in: Svenska Dagbladet, 02.04.2013.



ROMANE THANA.

ORTE DER ROMA UND SINTI

WIEN MUSEUM



Österreichs kalte Krieger

Die CIA installierte ab Ende der 1940er Jahre in Österreich ein Widerstandnetz gegen die Rote Armee in Österreich – unter tatkräftiger Mithilfe heimischer Politiker, Gewerkschafter und Wehrmachtsveteranen. Der Historiker und Terror- und Geheimdienstexperte Thomas Riegler wirft einen Blick auf diese wenig beachtete Episode der österreichischen Geschichte.

Das kürzlich groß gefeierte Jubiläum der friedlichen »Wende« von 1989 sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Kalte Krieg eine spannungsgeladene Zeit war. Vor allem die Anfangsphase war eine »heiße« Phase: Ende der 1940er-Jahre hatten Kommunisten die Macht in der Tschechoslowakei übernommen und Stalin blockierte den Zugang zu West-Berlin. Zwischen 1950 und 1953 wütete der Koreakrieg. Nirgendwo fühlte man diese Erschütterungen stärker als im militärisch besetzten Nachkriegsösterreich, wo die Machtblöcke unmittelbar auf einander trafen. Hier befürchtete man eine Teilung des Landes ebenso wie einen Putsch der KPÖ. Überhaupt schien eine Invasion der Roten Armee unmittelbar bevorzustehen. Die Alliierten rechneten sich für diesen Fall keine Chance aus, Westeuropa wirksam zu verteidigen. So wollte man sich zunächst zurückziehen, um dann den Gegenschlag zu starten. Bis es soweit war, würden Guerilla- und Partisaneneinheiten im Rücken der Front aktiv werden. Diese sollten entweder zurückbleiben (»stay behind«) oder später einsickern. Ihr Auftrag: Aufklärung, Sabotage und Angriffe aus dem Hinterhalt.

MEHRERE TONNEN SPRENGSTOFF

Die CIA, selbst erst 1947 gegründet, überwachte den Aufbau dieser Spezial- und Guerillaeinheiten in Westeuropa – sowohl in den NATO-Staaten als auch in neutralen Ländern wie Finnland, Schweden und der Schweiz. In Italien trug die Struktur den Decknamen »Gladio«, was seither zum geflügelten Wort für Staatsterror geworden ist. Denn die Einheit sollte auch gegen den »inneren Feind«, die starke kommunistische Partei, mobilisiert worden sein. So wurde bei einem Bombenattentat 1972 Sprengstoff aus einem »Gladio«-Depot verwendet.

Und Österreich? 1996 wurden nach Information durch die USA 79 Waffenlager lokalisiert. Darin fanden sich mehrere Tonnen Sprengstoff, Landescheinwerfer, Schalldämpferpistolen und Jagdmesser – aber auch deutschsprachige Anleitungen für den Guerillakrieg. »Das lässt darauf schließen, dass die Lager – zumindest auch – für österreichische »Widerstandskämpfer« angelegt worden waren. Zur Unterstützung eines Guerillakrieges mit eventueller Unterstützung aus der Luft (Nachschub von Waffen und Ausrüstung)«, heißt es im Bericht einer eigens eingerichteten Regierungskommission. Angelegt wurden die Lager zwischen 1949 und 1954. Genauer ließ sich die Funktion sowie eine mögliche österreichische Beteiligung damals nicht bestimmen.

»OPERATION ICEBERG«

Es gibt aber noch andere Quellen: 2006 erschien »My Father, the Spy« – ein sehr persönliches Buch des Autors John F. Richardson über seinen Vater »Jocko«, der Ende der 1940er Jahre CIA-Stationschef in Wien war. Darin ist auch Rede davon, dass die CIA österreichische Funker rekrutierte und Funkgeräte an ausgewählten Punkten im Wienerwald vergraben ließ. Selbst Kleidung wurde für den Ernstfall vorbereitet: Bergstiefel, Rucksäcke und »Dirndl« für die Frauen. Neue Dokumente, die im Rahmen des War Crimes Declassification Act freigegeben wurden, beziehen sich auf dieses Unternehmen, das nun beim offiziellen Namen genannt werden kann: »Operation Iceberg«. Ziel war es, Funker auszusuchen, diese zu trainieren und dann gemeinsam mit anderen stay behind-Kräften an strategisch wichtigen Plätzen in Ost-Österreich (in Wien und der sowjetisch besetzten Zone) zu platzieren. Aktiv werden sollten sie erst nach Ausbruch von Kampfhandlungen bzw. nachdem sie die Front »überrollt« hatte. Dann sollten

die Agenten in die versteckten Funkgeräte bergen, um damit Informationen durchzugeben – bezüglich »militärischer, politischer und wirtschaftlicher Ziele«. Was sie nicht tun sollten, war, sich an Sabotage- oder Widerstandsakten zu beteiligen.

AUGEN UND OHREN DER ALLIIERTEN IM KRIEGSFALL

Anfang der 1950er-Jahre zählten zu »Operation Iceberg« insgesamt sechs österreichische Funker, die ihre Ausbildung großteils abgeschlossen hatten und instruiert waren. Wie aus einem CIA-Dokument von 1953 hervorgeht, erwartete man von ihnen im Kriegsfall das Beschaffen/Durchgeben von Informationen – bezüglich von Truppen- und Materialbewegungen, Maßnahmen der Besatzungsbehörden sowie Aufklärung von Bombenschäden in Wien und Wiener Neustadt. Die sechs Agenten für »Operation Iceberg« waren fast durchwegs Wehrmachtsveteranen und von daher mit der Handhabung eines Funkgeräts vertraut. Vom Alter her waren sie bunt gemischt, der älteste 46 und der jüngste 23 Jahre alt. Einer der Funker war Tierarzt in einem Dorf südwestlich von Wien – für die CIA war das perfekt als zivile Tarnung geeignet. Aufgrund seiner Erfahrung als Funker bei der Heeresgruppe Süd war der frühere Unteroffizier nach Meinung seiner Betreuer allerdings nicht leicht unter Kontrolle zu halten.

Ein weiterer Agent, ein damals 32-jähriger Elektriker und KPÖ-Funktionär, sollte vor allem das Personal, die Organisation und die Vorhaben der Kommunisten aufklären. Seine Homosexualität wurde jedoch als potentiell Sicherheitsrisiko angesehen, weil der Agent dadurch »erpressbar« sei. Ein stiller, introvertierter Typ wiederum war der 26-jährige Medizinstudent, den man für »Operation Iceberg« rekrutiert hatte: Streng katholische Erziehung und »bürgerliche Moral« hatten ihn zu einem überzeugten Antikommunisten gemacht. Die übrigen drei Agenten waren ein technischer Zeichner, ein Betriebsaufseher und passenderweise ein Verkäufer von Radioapparaten. Falls die Rote Armee tatsächlich nach Westen vorgestoßen wäre, wären diese Freiwilligen quasi die »Augen« und »Ohren« der Alliierten gewesen. Alleine schon dadurch, dass sie sich mit der CIA einließen, riskierten sie viel.

UNTERSTÜTZUNG DURCH SS-GEHEIMDIENST-OFFIZIER HÖTTL

Aus den umfangreichen Unterlagen zu »Operation Iceberg« geht hervor, dass die CIA große Schwierigkeiten hatte, geeignetes Personal zu finden. Vielleicht war auch das der Grund, dass man offenbar auf einen alten Bekannten zurückgriff:

Wilhelm Höttl, Schulgründer in Bad Aussee und vormalss-SS-Geheimdienstoffizier. Er steht wie kein anderer für die unheilige Allianz zwischen westlichen Diensten und Ex-Nazis im Zeichen des Kampfes gegen den Kommunismus. Schon 1948/49 installierten für das CIC, den Geheimdienst der US-Armee, zwei Spionage-Netzwerke. Unter anderem wurde eine Gruppe ungarischer Emigranten im Toten Gebirge im Partisanenkampf gedrillt. 1996 gab Höttl an, dass er auch Funker und »verlässliche Patrioten« für das stay behind-Programm vermittelt hatte: »Da sollte also nur der Kontakt hergestellt werden mit verlässlichen Patrioten, österreichischen, die dann auch tatsächlich gegen die Besatzungsmacht gearbeitet hätten.«

CODENAME: GRCROOND

In Westösterreich – Salzburg und Tirol – zog die CIA noch ein viel breiter dimensioniertes stay behind-Netz hoch. Alle Aktivitäten liefen unter der sperrigen Bezeichnung GRCROOND. Es ging darum, Waffen- und Ausrüstungslager anzulegen sowie passendes Personal zu rekrutieren – damit die geheimen Strukturen im Ernstfall jederzeit einsatzbereit gewesen wären. Auch wollte man eine »Flucht- und Evakuierungsrouten« von Ost- nach Westösterreich anlegen, deren Zubringer bis an die ungarische sowie tschechische Grenze heranreichten. VIPs, aber auch abgeschossene Piloten, Agenten oder Überläufer sollten so in Sicherheit gebracht werden.

Aus einer Auflistung von 1957 geht hervor, wie viele geheime Waffen- und Ausrüstungslager angelegt wurden: 12 (1951), 14 (1952), 3 (1953) und 35 (1954). Die Depots wurden teils in alpinen Geländen – am Hochschwab, im Sengsengebirge, am Pötschen- und Phyrnpass angelegt – und darüber hinaus unter anderem in der Nähe von Lambach, Ried im Innkreis, am Traun- und Attersee, Bad Hofgastein und südlich von Steyr. Ein Vergleich mit einer Auflistung jener Waffendepots, die 1996 vom Bundesheer geräumt wurden, zeigt zahlreiche Übereinstimmungen. Damals hatte sich gezeigt, dass die Waffen und Sprengmittel »ungewöhnlich tief« vergraben gewesen waren – so tief, dass es bei Schneelage und Frost kaum möglich gewesen wäre, diese händisch zu bergen. »Dies spricht gegen eine sorgfältige Planung bzw. Durchführung der Aktion«, schloss der Untersuchungsbericht.

Ein Status-Report von Ende 1958 listet insgesamt 18 verschiedene GRCROOND-Agenten auf. Der jüngste war 30, der älteste 59 Jahre alt. Es handelte sich um eine bunt gemischte Truppe: Zwei Ski-Lehrer, ein Arzt, ein Automobilhändler,

ein Assistent eines Rechtsprofessors, ein Englisch-Lehrer, ein Chauffeur, ein Handelsreisender, ein Verkäufer, ein Elektriker, ein Handelschul-Lehrer, ein Lagerverwalter, zwei Beamte, ein Vorarbeiter sowie drei lokale ÖVP-Politiker. Vor allem letztere waren für die CIA interessant: Der damals 40-jährige Agent »GRREPAIR-7« beispielsweise war Gemeindesekretär, Vorsitzender des örtlichen Veteranenverbands und Versicherungsvertreter. Im Falle einer kommunistischen Machtübernahme würde man ihn wahrscheinlich als »Volksfeind« politisch entmachten und verhaften, erwartete die CIA. Im Kriegsfall sollte er so schnell als möglich all jene rekrutieren, die ihm für eine Verwendung tauglich erschienen. Anschließend würde es darum gehen, Luftnachschiebe oder abgesetzte Spezialkommandos in Empfang zu nehmen. Vor allem aber würden der Agent und seine Truppe auf genaue Anweisungen warten – und sofern befohlen – auch Sabotageakte durchführen.

»WIDERSTANDSGRUPPEN AUFGEBAUT«

Am undurchsichtigsten in all diesen geheimdienstlichen Manövern und Planspielen ist die Rolle der österreichischen Politik: Als 1996 die US-Waffenlager bekannt wurden, meldete sich ein Zeitzeuge zu Wort – der 2014 verstorbene Widerstandskämpfer und Verleger Fritz Molden. Als Sekretär von Außenminister Karl Gruber war er damals in die Vorgänge eingeweiht. Molden zufolge wurde bereits 1946 »im engsten Kreis« besprochen worden, was für den Fall der Errichtung des Eisernen Vorhangs innerhalb Österreichs zu tun sei. Fast ein Jahr habe es dann gedauert, bis die Alliierten davon überzeugt werden konnten, dass es notwendig wäre, für diesen Fall auch Waffenlager anzulegen. So sei man daran gegangen, »Widerstandsgruppen« aufzubauen – in Ministerien, Gewerkschaften und Wirtschaft.

Konkret entstand im Gewerkschaftsapparat Anfang der 1950er-Jahre eine »systematische Abwehrorganisation«. Vorangetrieben wurde dieses »Sonderprojekt« von dem Vorsitzenden der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter und späteren Innenminister Franz Olah (1910–2009). Dieser war im Oktober 1950 an der Auflösung einer Streikbewegung gegen das 4. Lohn- und Preisabkommen beteiligt gewesen. Die Ereignisse waren von der SPÖ-ÖVP-Regierung als Putschversuch der KPÖ interpretiert worden. Um für den »Fall einer neuerlichen Machtprobe mit den Kommunisten« gerüstet zu sein, wurde laut Olah mit dem Aufbau einer »systematischen Abwehrorganisation« begonnen. Dieses »Sonderprojekt« lief zwecks Tarnung unter einem eigens gegründeten Verein namens Österreichischer Wander-, Sport- und Geselligkeitsver-

ein (ÖWSGV), über den Fahrzeuge und Räumlichkeiten angemietet wurden.

GAR NICHT HARMLOS

Zentrales Element war auch hier der Aufbau eines Funk-Netzes zur Koordination. Spezialgruppen wurden aber auch in der Handhabung von Schusswaffen, Plastiksprengstoff und Selbstverteidigung ausgebildet. In der Wiener Liebhartsasse befand sich ein Depot mit italienischen Karabinern, Pistolen, Tränengasbomben, Feldstechern. Weitere »zwei oder drei« große Waffenlager wurden im Westen, außerhalb der sowjetischen Zone eingerichtet. Eines davon dürfte 1996 lokalisiert worden sein – in Weichselboden/Höll nahe Mariazell. Es war das umfangreichste der geräumten Depots.

Als Olah 1969 vor Gericht gefragt wurde, woher die Angehörigen des »Sonderprojekts« ihre Kenntnisse hatten, antwortete er: »Sie waren im Krieg. Aber ihre Kenntnisse wurden von Fachleuten in Ausbildungslagern aufgefrischt, sie wurden ja eigens geschult.« Die Finanzierung (einer Aussage zufolge zwischen acht und zehn Millionen Schilling) wurde höchstwahrscheinlich über die CIA bzw. die antikommunistische American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO) bereitgestellt.

Insgesamt, so Olah später, seien »wohl ein paar tausend Österreicher mit unseren Vorbereitungen in Kontakt gekommen«. Der eigentliche Apparat bestand jedoch nur aus ein paar Dutzend Leuten, »meist Gewerkschafts- oder SPÖ-Funktionäre aus den Bundesländern; einige von ihnen sind später Mandatäre geworden«. Einen Vergleich mit dem republikanischen Schutzbund der Zwischenkriegszeit ließ Olah nicht gelten: »Nein, nein! Das einzige was geprobt worden ist und geübt worden ist, war der Funk. Für den haben wir die Leute geschult. Wir haben sie auch für den Waffengebrauch eingeschult. Sagen wir, für den ersten Schreck. Zur Verteidigung vielleicht von wichtigen Gebäuden, Amtsgebäuden, Gewerkschaftsgebäuden, Regierungsgebäuden usw. Wo die Exekutive sagen wir, nicht hätte eingreifen können.«

FRANZ OLAH – AGENT »GRDAGGER 1«

1953 hatte die CIA das stay behind-Programm evaluiert und war zum Schluss gekommen, dass man den Fokus von »Gruppen«-Operationen weg auf einzelne »Hauptagenten« verschieben müsse. Diese sollten gut ausgewählt und zu Agentenführern ausgebildet werden. Sobald die Invasion der Roten Armee erfolgt sei, würden diese dann Sabotage-Teams,

Guerilla- und Nachrichteneinheiten sowie Flucht- und Evakuierungsnetze organisieren. Einer dieser »Hauptagenten« war Olah, dessen Deckname »GRDAGGER 1« lautete. Olah war von besonderem Wert für die CIA, weil er schon über eine größere Gruppe verfügte. Dieses Potential wollte man für Guerilla- und Sabotageaktivitäten in der sowjetischen Zone und zwar am Hochschwab und im Greinerwald, nutzbar machen. Das Risiko, Mitglieder einer politisch orientierten Organisation, paramilitärisch auszubilden, war der CIA bewusst. Allerdings vertraute man Olahs Truppe: Weil diese gute Beziehungen zu mächtigen Regierungskreisen habe und antikommunistisch orientiert sei. Und weil der gewerkschaftliche Hintergrund von »GRDAGGER« eine gute Tarnung für die geheimen Aktivitäten darstellte.

Um die Schlagkraft zu erhöhen, führte die CIA beispielsweise im August 1955 zwei Kurse, durch – einer 12 Tage lang und eine dreitägige Auffrischungseinheit. »GRDAGGER 1 war beeindruckt von der Durchführung des Kurses, den Fähigkeiten des CIA-Lehrpersonals und den Kompetenzen, die die Schüler während seines eintägigen Besuchs an den Tag legten«, notierte die CIA zufrieden. Zu diesem Zeitpunkt bestand die »GRDAGGER-Organisation« aus 20 Personen, von der sich die CIA gute Chancen ausrechnete, ein »Kern« für Guerillakriegsführung zu sein: »Wir schätzen, dass die GRDAGGER-Organisation innerhalb von sechs Monaten, nachdem der Krieg ausgebrochen ist, auf 250 Mann angewachsen sein wird. GRDAGGER besteht aus Angehörigen einer SPÖ-nahen Gewerkschaft mit 40.000 Mitgliedern, von denen viele als potentielle Rekruten für Widerstandsgruppen im Kriegsfall angesehen werden können.«

NEUTRALITÄT KEIN HINDERNIS

Die Unterzeichnung des Staatsvertrags bedeutete keineswegs das Ende für die geheimen Aktivitäten im »neutralen« Österreich: 1955 wurden insgesamt 12 Sabotage- und 10 »air-reception«-Lager angelegt (die Ausrüstung in letzteren Depots dürfte dazu gedient haben, Landeplätze für Luftnachschub zu markieren). Erst in den frühen 1960er-Jahren wurden infolge der sich »ändernden Situation« die Leitlinien von GRCROOND geändert: Trotz der nunmehr angenommenen Unwahrscheinlichkeit eines kommunistischen Putschs wurden die vorhandenen Aktivposten weiter geführt. »Sowjetische Aggression« war immer noch im Bereich des Möglichen. Allerdings wollte die CIA die Verantwortung für Sabotagemassnahmen im Kriegsfall zunehmend an österreichische Kräfte abtreten. Damit war in erster Linie Olahs Truppe gemeint.

SPUREN VERWISCHT

Bedauerlicherweise existieren dazu in österreichischen Archiven keine vergleichbaren Unterlagen: Olah hatte seine Spuren penibel verwischt. Schon in den 1960er-Jahre wurden alle Akten zum »Sonderprojekt« durch den Reißwolf geschickt. Der ehemals mächtige Olah hatte sich zu diesem Zeitpunkt selbst ins Aus manövriert – unter anderem wegen eigenmächtiger Verwendung von Gewerkschaftsgeldern musste er 1964 zurücktreten und wurde fünf Jahre später zu einer Haftstrafe verurteilt. »Sonderprojekt« bzw. ÖWSGV wiederum waren erst 1967 endgültig aufgelöst worden – wie Olah betonte, war zwar die »unmittelbare Bedrohung« weggefallen, »dann aber kamen das Jahr 1956 und der sowjetische Einmarsch in Ungarn, der jenes Gefühl der Sicherheit doch als ein sehr brüchiges und möglicherweise trügerisches entlarvte. Deswegen lösten wir unsere Vorsorgeeinrichtungen erst allmählich auf.« Der ÖWSGV sei reorganisiert und in einzelnen anderen Teilen z.B. auf dem Gebiet des Funkwesens aufgebaut und erweitert worden. Alles Weitere liegt immer noch im Dunklen. Als 1996 die US-Waffenlager geräumt wurden, hielt sich Olah bedeckt – die aufgefundenen Depots seien »für die Exekutive gedacht gewesen.« Mehr wollte er nicht sagen: »Es gibt gewisse Dinge in einem Staat, über die redet man überhaupt nicht redet. Auch nachher nicht.«

Ob und wenn ja in welcher Form die österreichische Beteiligung an stay behind weiterging, darüber könnten CIA-Dokumente Aufschluss geben, die heute noch unter Verschluss gehalten werden. Erwiesen ist nun allerdings wie substantiell das an sich neutrale Nachkriegsösterreich ins westliche Lager eingebunden war – und in welchem Ausmaß sich heimische Politiker und Freiwillige für die US-Kriegspläne engagierten. In den NATO-Ländern blieb stay behind bis 1990/91 aktiv. Die sowjetische Invasion, auf die man sich so intensiv vorbereitet hatte, war nie erfolgt. Mit Sicherheit war das für alle Beteiligten das Beste – so hatte etwa beispielsweise die Stasi-Funkaufklärung die westdeutschen stay behind-Agenten längst im Visier, wodurch sie im Kriegsfall rasch »ausgeschaltet« worden wären. Wenn vom österreichischen Ableger etwas geblieben ist, dann vielleicht ein paar rostige Relikte im Wienerwald. 🍀

THOMAS RIEGLER

ist Historiker und ist Mitglied der ZUKUNFT-Redaktion.



ROMANE THANA.

ORTE DER ROMA UND SINTI

WIEN MUSEUM



Verlust der Utopie – reloaded

Auf die Replik von Thomas Nowotny in ZUKUNFT 01/2015 zu seinem Beitrag in ZUKUNFT 12/2014 antwortet Karl Czasny und arbeitet heraus, warum seine grundlegende Kritik am »Verlust der Utopie« die Marktlogik tatsächlich in Frage stelle.

In einem Kommentar mit dem Titel »Der Verlust der Utopie« (Zukunft 12/2014) bescheinigte ich der Sozialdemokratie den »Verlust der Bereitschaft, auf politischen Forderungen auch dann zu beharren, wenn sie die innere Logik des bestehenden Wirtschaftssystems sprengen, weil sie auf eine andere Art des Wirtschaftens und Zusammenlebens verweisen.« Thomas Nowotny antwortete darauf mit dem Artikel »Markt oder Visionen – warum sollen das Alternativen sein?« (Zukunft 1/2015). Ich möchte nun zeigen, dass Nowotnys Beharren auf der Offenheit unseres Wirtschaftssystems für sozialdemokratische Visionen kaum Hinweise auf geglückte realpolitische Synthesen von Markt und Utopie dafür aber umso mehr gravierende Argumentationsdefizite enthält.

KEINESFALLS

Zu Beginn eine kurze Erinnerung an meine seinerzeitigen Ausführungen: Ergänzend zu der eingangs zitierten Kritik hatte ich festgestellt, dass man sich bestenfalls noch links-keynesianische Positionen gestatte, weil diese eine Einlösung sozialdemokratischer Forderungen versprechen, ohne die inneren Logik des herrschenden Wirtschaftssystems infrage zu stellen. Man dürfe in diesem Sinne also für mehr Verteilungsgerechtigkeit eintreten, weil das die Inlandsnachfrage stimulieren würde, man dürfe sich für eine Begrenzung der schlimmsten Auswüchse des Finanzkapitalismus aussprechen, weil das gut für die sogenannte »Realwirtschaft« wäre und man dürfe auch für verbesserte Chancengleichheit im Bildungswesen plädieren, weil das unsere Position im globalen Wettbewerb stärken sollte.

Thomas Nowotny stellt die Berechtigung dieses Vorwurfs in Frage, indem er bezweifelt, »dass die europäische demokratische Linke soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, den Mangel an Bildungsmöglichkeiten, oder die Malversationen

der Finanzwirtschaft wirklich ausschließlich mit dem Ziel bekämpft, dadurch der Wirtschaft zu dienen«.

Dieser Zweifel geht an meiner Kritik vorbei, da er ihr gleichsam das Wort im Munde umdreht. Denn sie unterstellte der Linken ja nicht, die ureigensten Ziele der Sozialdemokratie nur mehr deshalb zu verfolgen, weil deren Verwirklichung der Wirtschaft dient! Ich konstatierte vielmehr, dass man auf den nachwievor bestehenden Absichten nur mehr in gerade dem eingeschränkten Maße beharrt, in dem diese Absichten innerhalb des aktuellen Wirtschaftssystems realisierbar sind. Das Wirtschaftssystem wird dabei von vornherein als ein unveränderbarer Rahmen akzeptiert, und man bemüht sich, innerhalb dieses Rahmens so viel wie möglich von den eigenen Anliegen zu verwirklichen. Ein an der Utopie orientiertes Handeln müsste demgegenüber die Hierarchie zwischen den sozialdemokratischen Zielen und den vorhandenen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens umkehren: Ihm hätten die Ziele als das Fixum zu gelten und man müsste versuchen, den systemischen Rahmen des Wirtschaftens so weit zu verändern, wie es zur Realisierung dieser Anliegen notwendig ist.

Weiter schreibt Nowotny: »Das Streben nach Fairness und Gerechtigkeit muss sich also nicht durch den Verweis auf positive wirtschaftliche Folgen rechtfertigen, die mit mehr Fairness und Gerechtigkeit einhergehen. Das ist nicht eine bloße Behauptung. Diesen Vorrang für Fairness und Gerechtigkeit bestätigen auch Experimente der »empirischen Ökonomie«: Menschen sind durchaus gewillt, sogar wirtschaftliche Nachteile in Kauf zu nehmen, wenn sie dadurch für mehr Gerechtigkeit oder für die Bestrafung von Übeltätern sorgen.«

Dazu ist zweierlei zu bemerken. Erstens: Dass sich das Streben nach Fairness und Gerechtigkeit durch den Verweis

auf positive wirtschaftliche Folgen rechtfertigen müsse, ist nicht die Position des utopischen Denkens, sondern genau die von mir problematisierte Haltung des Links-Keynesianismus. Zweitens: Dass Experimente der »empirischen Ökonomie« den Vorrang von Fairness und Gerechtigkeit vor Gewinnmaximierung bestätigen, heißt nicht, dass dieser Vorrang auch in unserem Wirtschaftssystem besteht. Mancher Links-Keynesianer hätte das vielleicht gern; aber leider spiels' es nicht. Tatsächlich liegt die Sache so: Fairness und Gerechtigkeit sind eben keine Grundprinzipien des herrschenden Wirtschaftssystems und dementsprechend auch keine wesentlichen Parameter der derzeit dominierenden ökonomischen Theorie.

Einige experimentelle Ökonomen stoßen sich dankenswerterweise an diesem schweren Mangel und wollen ihr Unbehagen an jener verkehrten Axiomatik der ökonomischen Lehre empirisch untermauern. Sie versuchen daher mittels ihrer Experimente zu zeigen, dass besagte Axiome in Widerspruch zu bestimmten Verhaltensdispositionen der ökonomischen Subjekte stehen. Damit zeigen sie implizit auch auf, dass die von diesen Axiomen abgebildeten Grundprinzipien unseres Wirtschaftssystems jene inneren Anlagen der ökonomischen Subjekte zu fairem und gerechtem Verhalten vergeblichen. Besagte experimentelle Ökonomen nehmen damit eine utopische Position ein, welche auf ein in den ökonomischen Subjekten schlummerndes Potential zum Überschreiten der Grenzen des aktuellen Wirtschaftssystems hinweist.

In der Folge präsentiert Nowotny dann eine detailreiche international vergleichende Betrachtung der gegenwärtigen Lage dieses Wirtschaftssystems, welche zeigen will, dass eine »nur im Regelkreis ihrer ureigensten Mechanik ... (funktionsierende) ... Marktwirtschaft nicht fortbestehen (kann, weil) ... kollektives, politisches Handeln gegensteuern (muss), um den Markt vor seiner eigenen Widersprüchlichkeit und Krisenanfälligkeit zu schützen.« Darüber hinaus soll diese Betrachtung verdeutlichen, dass »die sozialdemokratisch geprägten skandinavischen Staaten, sowie die Niederlande und Österreich diese Aufgabe besonders gut bewältigt« haben.

Ich habe gegen diese Behauptungen nichts einzuwenden, kann aber nicht erkennen, was sie zu dem im Titel des Artikels angesprochenen Thema der über den Horizont einer kapitalistischen Marktwirtschaft hinausweisenden Visionen beitragen. Einen impliziten Bezug zu dieser Thematik sehe ich nur in der Begrifflichkeit, der sich Nowotny bei seiner Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems bedient. Er möchte

sich nämlich dem im Zentrum jenes Systems stehenden Prozess der Kapitalakkumulation mit dem Marxschen Konzept der Produktion von Mehrwert annähern. Diese Absicht ist an sich sehr begrüßenswert, ich muss Nowotny allerdings darauf hinweisen, dass der von ihm ins Spiel gebrachte Begriff des »Mehrwerts« absolut nichts mit dem von Marx verwendeten Konzept gleichen Namens zu tun hat. Für Nowotny ist der Mehrwert offenbar nichts weiter als die Differenz zwischen den Gestehungskosten und dem Verkaufspreis einer Ware, weshalb er zu folgendem Schluss kommt: »Seit der Zeit von Karl Marx haben sich die Produktionsbedingungen grundsätzlich verändert. Es sind nicht nur die Lohnabhängigen die »Mehrwert« schaffen. Zum »Mehrwert«, zur ansteigenden Produktivität trägt auch viel anderes bei ... (Betrachtet man die) für steigende Produktivität maßgeblichen »Produktionsfaktoren«, so drängen sich zwei Schlüsse auf. Erstens leistet das reine Kapital heute nur einen relativ geringen Beitrag zur Schaffung von »Mehrwert« ... Zweitens werden die meisten anderen Vorbedingungen für produktives Schaffen direkt oder indirekt vom Staat bereit gestellt.«

REVOLUTIONÄRES ELEMENT

Folgt man der Logik dieser Argumentation, dann kommt man zu dem Schluss, dass auch schon zur Zeit von Karl Marx ein Teil des Mehrwerts von den technischen und organisatorischen Produktionsbedingungen geschaffen worden sein muss. Denn auch schon damals spielten die Maschinerie sowie der Produktivitätsfortschritt eine bedeutende Rolle. Marx sah dies natürlich, bewunderte er doch die kontinuierliche Umwälzung der Produktionsbedingungen als ein revolutionäres Element des Kapitalismus. Und dennoch kann für ihn weder die Maschinerie noch das Kapital als solches, sondern nur die menschliche Arbeitskraft Wert und Mehrwert schaffen. Der Produktivitätsfortschritt trägt aus seiner Sicht bloß dazu bei, dass innerhalb der den Mehrwert abschöpfenden Kapitalistenklasse eine Umverteilung zugunsten der produktiveren Kapitalien stattfindet.

Diese strikte Bindung der Entstehung von Wert und Mehrwert an menschliches Tun zeigt, dass es Marx nicht um die einfache Abbildung einer betriebswirtschaftlich relevanten Relation geht, sondern um die Aufdeckung der an der Oberfläche des Marktgeschehens nicht sichtbaren Fundierung aller ökonomischen Rechengrößen in der menschlichen Tätigkeit und in den jene Tätigkeit strukturierenden Herrschaftsverhältnissen. Indem Nowotny den aus diesem Ansatz resultierenden komplexen Mehrwertbegriff zu einer betriebs-

wirtschaftlichen Rechengröße verharmlost, zieht er ihm den gesellschaftskritischen Zahn und schafft damit schon auf der Ebene seiner ökonomischen Begrifflichkeit die besten Voraussetzungen für die von ihm angestrebte Versöhnung von Markt und Profit mit utopischen Visionen. Wenn nämlich die von Marx als »Ausbeutung« kritisierte Aneignung des von den Arbeitern geschaffenen Mehrwerts durch das Kapital ohnehin nur mehr von immer geringerer Relevanz für das Funktionieren des aktuellen Wirtschaftssystems ist, dann wird wohl auch die mit jener Ausbeutung verknüpfte Logik des Profits keine prinzipielle Schranke für die Verwirklichung von sozialdemokratischen Visionen sein ...

FEHLINTERPRETATION

Abschließend noch eine Bemerkung zur Schlusspassage des Artikels, in der unter anderem folgendes zu lesen ist: »Aber im Wesentlichen geht es Karl Czasny wohl ohnehin nicht in erster Linie um einen Kampf gegen Wirtschaftswachstum und Wirtschaftskompetenz. Sowohl ihm, wie auch vor ihm Stephan Schimanowa geht es wohl um Grundsätzlicheres. Sie warnen vor dem Fortlaufen einer Entwicklung, in der die Marktlogik ihre Herrschaft allmählich über das gesamte gesellschaftliche und politische System ausbreitet. Wie oben ausgeführt, muss es aber ein Gegengewicht zu dieser Logik geben – Einrichtungen und Maßnahmen die den Markt ergänzen, korrigieren oder in Schranken weisen.«

Dabei handelt es sich um eine Fehlinterpretation. Es geht mir nicht um ein Gegengewicht zur Marktlogik, in Form von marktergänzenden, marktkorrigierenden und marktbeschränkenden Maßnahme, sondern um Überwindung der Logik des Markts wie auch jener des Profits (welche ihrerseits eine Verschärfung der Tiefe und Dynamik der schon im Markt der einfachen Warenproduktion vorhandenen Widersprüche impliziert).

Versuche ich meinen Eindruck von Nowotnys Argumentation zusammenzufassen, muss ich eine gewisse Unsicherheit eingestehen, denn ich weiß nicht genau, was ich von dem hier beharrlich zelebrierten Ignorieren des Unterschieds zwischen dem Herumdoktern an einem todkranken System und dessen Überwindung halten soll: Habe ich da bloß ein ganz privates Problem beim Knacken des harmonisierenden Codes der Diplomaten-sprache? Oder gibt Nowotnys Text doch eher Anlass für eine Radikalisierung der in meinem Artikel vertretenen These vom Verlust der Utopie? Diese bezog sich auf die Angst vor einem politischen Handeln, welches grundsätzlich

bereit ist, bestimmte Systemgrenzen zu überschreiten. Nach der Lektüre von Nowotnys Artikel kommt mir der Verdacht, dass es mittlerweile womöglich nicht mehr nur um die Angst vor Grenzüberschreitungen im Handeln geht, sondern schon um die Angst vor dem bloßen Denken von Grenzüberschreitungen – weil da eine Selbstzensur am Werk ist, die bewirkt, dass man die Grenzen dieses Systems nicht einmal mehr durch die Bildung eines klaren Begriffs von »Grenzüberschreitung« in Frage stellen mag.



KARL CZASNY

ist Soziologe und u.a. beim Stadt+Regionalwissenschaftlichen Zentrum (SRZ) tätig.



Warum wir uns die Reichen nicht leisten können

Der Einfluss der Reichen auf Wirtschaft und Gesellschaft hat ein zerstörerisches Ausmaß längst überschritten, argumentiert der Ökonom und Wissenschaftstheoretiker Andrew Sayer. Statt gesellschaftlichen Reichtum oder Beschäftigung zu schaffen, schöpfen die Reichen ihren Reichtum vielmehr mittels Kontrolle über Ressourcen, Politik und Medien vom Rest der Gesellschaft ab – dies führt zum Niedergang des Allgemeinwohls und steuert unseren Planeten zudem in ein ökologisches Desaster. Armin Puller präsentiert den neuesten Beitrag zur Debatte über soziale Ungleichheit.

Die letzten Jahre haben nicht wenige Publikationen hervorgebracht, die sich mit dem Thema wachsender Ungleichheit, der Zunahme von Armut bei gleichzeitiger Zunahme enormer privater Reichtümer und dem damit verbundenen Absinken des Lebensstandards für die breite Mehrheit der Bevölkerungen westlicher Staaten befassen: Die GesundheitswissenschaftlerInnen Richard Wilkinson und Kate Pickett zeigten 2009 auf Basis umfangreichen Datenmaterials, dass Gesellschaften mit höherer sozialer Einkommensgleichheit nicht nur weniger soziale Probleme, sondern auch physisch wie psychisch gesündere Bevölkerungen mit weniger Krankheiten, Depressionen, Alkohol- und Drogenmissbrauch aufweisen. Harte Fakten über soziale Ungleichheit im weltweiten Vergleichsmaßstab und ihre dramatischen Entwicklungen produzierte zuletzt Thomas Piketty (2014), der neben einer Systematisierung von Daten zu Einkommen und Vermögen auch darlegt, warum die unbeschränkte Vermögenskonzentration der letzten Jahrzehnte nicht nur die Demokratie, sondern auch den Kapitalismus selbst bedroht. Gabriel Zucman (2014) legte mit einer Studie über »steuerschonend« in Steueroasen geparktes Vermögen (etwa 5.800 Milliarden Euro) nach und errechnete den daraus erwachsenden Steuerentzug.

Alle diese Beiträge zeichnen sich dadurch aus, den neoliberalen Mythos von der Notwendigkeit und Rechtfertigbarkeit von Superreichen zu widerlegen. Lange wurde von Wirtschaftswissenschaften und konservativen wie auch sozialdemokratischen Regierungsparteien behauptet, dass (Super-) Reiche Wachstum generieren, Beschäftigung schaffen und

sinnvolle Investitionen zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung tätigen würden. Um dies den leistungstragenden Erfolgsmenschen zu ermöglichen, seien auch einige Auswüchse an Ungerechtigkeiten zu dulden. Dagegen lässt sich begründet anführen, dass die um das Wohl der Reichen herum geschaffene Entwicklungsweise von Ökonomie und Politik zwar einige dieser Dinge durchaus erfüllt hat, jedoch mehr aus Zufall denn Absicht und vor allem auf Kosten des Rests der Bevölkerung.

Das neue Buch von Andrew Sayer reiht sich in diese Stoßrichtung ein und erweitert die Debatte um eine detaillierte Darstellung der politischen Ökonomie der Reichen – über die Ursachen für ihren Reichtum, ihren Anteil an der Finanz- und Wirtschaftskrise, wie sie aus der Krise als GewinnerInnen ausstiegen konnten, wie sie ihren Reichtum absichern und erweitern, legitimieren und konsumieren. Andrew Sayer ist Ökonom und zählt zu den bekanntesten WissenschaftstheoretikerInnen im angelsächsischen Raum. Als Mitbegründer des »Critical Realism« entwickelte er seit den späten 1970er Jahren die aktuell avancierteste Wissenschaftstheorie mit, die sich als Befördererin jener kritischen Sozialwissenschaften versteht, die gesellschaftliche Tiefenstrukturen und Veränderungspotentiale aufzudecken trachtet. Sie ist auch unter Teilen jener britischen ÖkonomInnen verbreitet, die mit der volkswirtschaftlichen Standardtheorie, ihren unplausiblen Modellannahmen (etwa über Menschen als bindungslose und nutzenmaximierende Individuen etc.) und an der Realität vorbeigehenden Analysen (etwa über möglichst unbeschränkte Märkte als stets optimalste gesellschaftliche Organisations-

formen etc.) gebrochen haben und Wirtschaftswissenschaft als Sozialwissenschaft betreiben, d.h. die gesellschaftliche Eingebettetheit von Ökonomie zum Thema machen.

REICHTUM ‚MORALISCH‘ BETRACHTET

In den Wirtschaftswissenschaften rechnet sich Sayer der Richtung der Moralökonomie zu. In ihrer Überwindung des Standard-Ökonomiediskurses geht es dabei nicht um das Moralisieren, sondern um die Struktur und Funktionsweise der Ökonomie hinsichtlich der Funktion der Versorgung von Gesellschaften mit Gütern und Dienstleistungen. Sie begrenzt sich – in Anlehnung an feministische und andere heterodoxe Zugänge – nicht auf Modelle über Marktgeschehen, thematisiert die ökonomischen Mechanismen, die Institutionen und die Politik der sozialen Ungleichheit und widmet sich auch und vor allem Fragen der Legitimität von Reichtum und Ungleichheit.

Ein wichtiges Kennzeichen dieses Ansatzes ist die Überprüfung und Bearbeitung wirtschaftswissenschaftlicher Grundbegriffe, zumal viele gebräuchliche Termini (Investment, Einkommen, Vermögen etc.) dazu tendieren, reale ökonomische Prozesse eher zu verschleiern und ökonomische Praktiken der Ausbeutung oder Abschöpfung für Analysen zu verschließen. Aufmerksamkeit für Sprache ist Sayer bei seinem neuen Buch besonders wichtig, denn seine Wortwahl zeichnet sich dadurch aus, den nüchternen akademischen Stil zugunsten allgemeiner Zugänglichkeit und deutlicher politischer Positionierung zurückzuschrauben. In einem Interview erklärte er: »Ich wollte einen Schreibstil an den Tag legen, der sich nicht durch die übliche, von AkademikerInnen erlernte Selbstzensur beschränken lässt, und dennoch demselben Niveau rigoroser Forschung verpflichtet ist.« (Sayer 2015b; Übers. AP)

Das zentrale Argument des Buches, demzufolge wir uns die Reichen nicht mehr länger leisten können, basiert auf einer ausführlichen Darstellung gesellschaftlicher Spaltung. Der Reichtum der Reichen basiert auf der Produktion von Gütern und Dienstleistungen durch andere und seiner Absaugung mittels Profiten, Dividenden, Kapitaleinkünften, Zinsen und Erträgen – die außerdem vielfach in Steueroasen geparkt werden. Die Reichen verfügen über Möglichkeiten, das ökonomische Leben, die Medien und die Politik in ihrem Sinne lenken zu lassen, sodass ihre besonderen Interessen als Allgemeininteressen erscheinen und die vorherrschenden Betrachtungen über die Möglichkeiten demokratischer Systeme

auf neoliberale Pfade orientiert sind. Darüber hinaus ist ihr Konsum exzessiv verschwenderisch, hinterlässt einen enormen ökologischen Fußabdruck und ist auf unnachhaltigen Fossilismus orientiert.

Zur Frage, wer mit den Reichen gemeint ist, hat Sayer eine einfache Antwort parat, die sich mit dem Diskurs sozialer Protestbewegungen wie Occupy oder den spanischen Indignados der M15-Bewegung (und ihrer Partei »Podemos«) deckt: Die Reichen sind die oberen 1% der Bevölkerung, die auf Kosten der 99% leben. Diese auf den ersten Blick undifferenzierte Einteilung bekommt Gewicht durch die zahlreichen Studien der Ungleichheitsforschung: Ungleichheit hat in den letzten Jahrzehnten so stark zugenommen, dass demnächst mit einem Niveau wie zu Zeiten vor dem Ersten Weltkrieg zu rechnen ist. Die Zuwächse an Reichtum konzentrieren sich dabei tatsächlich vor allem auf das reichste Prozent, während die unteren 90% seit dem Nachkriegsboom verloren haben. Wie mittlerweile zahlreiche Statistiken belegen, sind die Unterschiede innerhalb des reichsten Prozents weitaus größer als innerhalb der unteren 99% – und ihr Reichtum steigt inschier Unermessliche.

QUELLEN DES REICHTUMS

Als Moralökonom distanziert sich Sayer von beliebten Vorwürfen über Neiderei deutlich. Statt eine »Politik des Neids« zu bewerben, versucht sich Sayers Buch in der Darstellung der »Politik der Ungerechtigkeit« und möchte das System hinter dem Aufstieg der Reichen in den Blick nehmen. Im Zentrum stehen daher die gesellschaftlichen Mechanismen und Folgen, nicht die Individuen.

Der überragende Reichtum der Reichen erklärt sich, Sayer zufolge, weniger aus Mechanismen der Erzeugung von Reichtum, sondern aus dem ungleichen Zugang zu Schlüsselressourcen und aus der Ökonomie der Abschöpfung von Reichtum. Sayer stützt sich auf eine Unterscheidung klassischer Ökonomen zwischen verdientem bzw. erwirtschaftetem Einkommen (*earned income*) und unverdientem abgeschöpftem Einkommen (*unearned income*), um Einkommen hinsichtlich seiner Beziehung zur gesellschaftlichen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen aufzuzeigen. Ihre Bedeutung liegt insbesondere in der politischen Sprengkraft der Delegitimierung von Reichtum und könne trotz einiger, damit verbundener Probleme aufrechterhalten werden. Unverdientes Einkommen beruht wesentlich auf drei Quellen der Extraktion,

deren Diskussionen einen zentralen Teil von Sayers Buch bildet: Renten, Zinsen und Profite.

(1) Renten sind Einkünfte aus dem Eigentum von und der Kontrolle über bestehendes Land, Anlagen oder Ressourcen und werden leistungslos durch Vermietung, Verpachtung oder dergleichen bezogen. Der negative und unproduktive Einfluss von Renten auf die Wirtschaft ist relativ offensichtlich und wird von Ökonomen von Adam Smith über Keynes bis Joseph Stiglitz betont. Die Wiederkehr der Reichen seit der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren ist wesentlich auf Wachstum von Rentenerträgen zurückzuführen, setzt doch Neoliberalismus vor allem auf die Privatisierung (Wasser, Elektrizität, Mobilität, Gesundheit etc.) oder die In-Wert-Setzung (geistiges Eigentum, Biodiversität etc.) öffentlicher Güter.

(2) Zinsen beruhen auf dem leistungslosen Verborgenen von Geld. Wiewohl Kredite in jeder Ökonomie sinnvoll sind und geringe Zinsen ökonomisch nicht notwendigerweise Probleme erzeugen, lässt sich sagen, dass der Aufstieg des fiktiven, von privaten Banken fast unbeschränkt geschaffenen Kapitals im Zeitalter des Neoliberalismus massive und dysfunktionale Umverteilungen nach oben mit sich gebracht hat. Nach sorgfältiger Evaluierung der Begründungen für Zinsentwicklungen kommt Sayer zum Urteil, dass diese weder mit den administrativen Aufwänden, den Risiken des Kreditausfalls, der Konsumzurückhaltung bei den Verborgenden oder gängigen Theoriemodellen erklärt werden können, sondern letztlich nur mit der Macht von Finanzinteressen.

(3) Profite beruhen auf der leistungslosen Ausbeutung der Arbeitskraft im Produktionsprozess, die den Beziehenden von Profit einzig aufgrund von Eigentum von und Kontrolle über bestehende Güter möglich ist. Profit ist nicht verbunden mit Leistungen oder produktiven Beiträgen, schließt solche Beiträge seitens innovativer UnternehmerInnen (die in der Rechtfertigung von Profit stark übertrieben werden) aber nicht aus.

(4) Basierend auf diesen drei Formen lassen sich noch weitere Quellen der Reichtumsabschöpfung benennen, wie etwa über Ansprüche auf abgeschöpfte Erträge durch Dividenden, durch Preisinflation (etwa auf dem Immobiliensektor als bekanntes Beispiel) oder etwa durch kurzfristige Spekulationen.

Unschärfen des Begriffs des unverdienten Einkommens ergeben sich daraus, dass es ja auch unter den 99% Men-

schen gibt, die Transfers beziehen und nicht an ökonomischen Versorgungsleistungen beteiligt sind (etwa PensionistInnen, Kinder, Auszubildende, Kranke und Hilfsbedürftige) und außerdem auch Reiche, die einer »Arbeit« nachgehen. Unverdientes Einkommen ist daher weiter zu unterscheiden: Insofern Transfers auf Notlagen, auf Bedarf und auf (mit der menschlichen Existenz verbundenen Verletzbarkeiten verbundenen) Bedürftigkeit bezogen sind, spricht Sayer von berechtigtem unverdientem Einkommen. Unverdientes abgeschöpftes Einkommen zeichnet sich dagegen dadurch aus, nicht mit Bedürfnissen, sondern mit Machtressourcen sowie ungleichen Einkommen- und Besitzverhältnissen verknüpft zu sein. Betreffend das Argument, demzufolge große Teile der reichsten 1% ihr Einkommen durch Arbeit verdienen würden, beharrt Sayer auf seiner Unterscheidung von verdientem und unverdientem Einkommen und schlüsselt auf, dass die teilweise exorbitanten Einkommen dieser Gruppe nicht mit Arbeitsleistungen, sondern nur individuell durch ihre Verhältnismäßigkeit zu anderen Einkommen von Superreichen gerechtfertigt werden können und insgesamt einzig auf der Verhandlungsmacht dieser Personengruppe (basierend auf Kontrolle über Eigentum und Ressourcen) beruhen.

Die moralökonomischen Unterscheidungen Sayers, die auch in engem Bezug zu Martha Nussbaums und Amartya Sens vielbesprochenen Überlegungen stehen, zielen darauf ab, die Wirtschaft als System von gesellschaftlich nützlichen Beiträgen und unproduktiven, nicht funktional rechtfertigbaren Beiträgen diskutieren zu können. Sie sollen es ermöglichen, erforderliche radikale Neukonzeptionen nicht bei der Umverteilung von bestehendem Reichtum enden zu lassen, sondern über Fragen nach den Quellen und Dynamiken von Reichtum auch Eingriffe in Eigentumsverhältnisse, Ressourcenkontrolle, Kapitalkreisläufe, Steuersysteme u.v.m. denkbar zu machen und die neoliberale Leistungsträgerphilosophie zurückzudrängen.

ANTEIL DER REICHEN AN DER KRISE

Eine wichtige Vorlage für Sayers Argumentationen bildet die Dynamik der Finanz- und Wirtschaftskrise, da der Aufstieg der Reichen einen fundamentalen Aspekt ihrer Genese darstellt. Die Entwicklung des finanzierten Kapitalismus versteht er als Durchsetzungsprozess von Vermögensinteressen, die über den Aufstieg des Neoliberalismus eine Verschiebung von Kapitalströmen auf die Finanzmärkte organisierten und davon ausgehend die Entkoppelung von Produktivitätswachstum und Lohnentwicklung, die Kultur des »shareholder value« und

die Verschiebung der Aktivitäten auf dem Finanzsektor von für die Ökonomie unterstützenden Funktionen hin zu Finanzinstrumenten der Umverteilung nach oben betrieben. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist daher letztlich nichts anderes als das Scheitern der (von der Mainstream-Wirtschaftstheorie aufrechterhaltenen) Illusion, dass eine Ökonomie dauerhaft um hyperaktive Märkte des Kaufens und Verkaufens bestehender Vermögenswerte organisiert werden könne.

Für Reiche war die Krise jedenfalls eine beispiellose Gelegenheit: Nach einer kurzen Schrecksekunde konnten neoliberale Politiken des Lohnrückens, der Aushöhlung des Wohlfahrtsstaats, der Vergrößerung von Konzernmacht und von Profiten in großem Umfang und gegen geringe Widerstände durchgesetzt werden. In der Krisenbearbeitung mittels Bankenrettung haben insbesondere die Reichen überproportional profitiert: In GB hat sich die Zahl der Milliardäre zwischen 2010 und 2014 von 53 auf 104 fast verdoppelt und in den USA wurden gar 37% der Wachstumszuwächse zwischen 2009 und 2011 alleine vom obersten Zehntausendstel (0,01 %) abgeschöpft. Die Praxis der Krisenbearbeitung hat die Kosten stets auf diejenigen sozialen Gruppen abgewälzt, die für die Ursachen der Wirtschaftskrise am wenigsten verantwortlich sind.

Die Struktur des Finanzsektors positioniert die dort Handelnden in eine vom Rest der Welt abgeschottete Sphäre, wie Sayer am Beispiel der Lohnentwicklung von Personen in Finanzinstitutionen aufzeigt. Finanzinstitutionen zahlen in der Regel neben ohnehin immensen Gehältern Boni in unermesslicher Höhe aus, deren Eigenschaft es ist, mit wachsendem Risiko getätigter Aufträge zu steigen und daher Aktivitäten, die die Stabilität dieser Institutionen gefährden, zu belohnen. Daraus ergibt sich die absurde Situation, dass Boni in Finanzinstitutionen während der Krisenjahre exorbitant gestiegen sind. Bekannte Beispiele dafür bilden die Institute »Citigroup« und »Merrill Lynch« in den USA, die nach Verlusten von 54 Mrd. \$ staatliche Rettungspakete im Umfang von 55 Mrd. \$ empfangen, um davon sogleich 9 Mrd. \$ als Boni auszuzahlen. In GB wurde 2010 das Institut RBS nach Verlusten von 1,1 Mrd. £ staatlich aufgefangen – die ausgezahlten Boni an etwas mehr als 100 Banker des Instituts betragen im selben Jahr fast die gleiche Summe. Das Muster lässt sich fast ausnahmslos auch für alle anderen Finanzinstitute feststellen. Obwohl in den ersten Krisenjahren selbst von wichtigen VertreterInnen des Bankensektors auf diese Absurdität, die Banker gezielt auf spekulative Blasen zugunsten höherer Boni hinarbeiten lässt, hingewiesen wurde, haben politische Ent-

scheidungsträgerInnen selbst in diesem Bereich bisher keine Änderungen vorgenommen.

Sayer erklärt die Ursachen dafür aus der gewachsenen Verknüpfung von ökonomischer und politischer Macht: Finanzinstitutionen haben ihren politischen Einfluss und ihre Medienmacht genützt, um ihren weltweiten ökonomischen Beitrag glanzvoll darzustellen, obwohl er in Wirklichkeit essentiell unproduktiv und gesellschaftlich unnütz ist und sein Wachstum einzig auf dem Abschöpfen von produktiven Beiträgen beruht, deren Grundlagen mit dem Wachstum des Finanzsektors immer weiter zerstört werden. Die Strategie der Reichen folgt dabei einem Muster, das – ungeachtet der Komplexität ökonomischer und politischer Prozesse – einfach dargelegt werden kann und von Sayer in einzelnen Kapiteln mittels zugänglicher Daten präsentiert wird: Ausbau des direkten und indirekten politischen Einflusses über politische Geldspenden und eine gigantische Lobbying-Maschinerie, über das System der »Steuerschonung« und des Versteckens privater Vermögen in Steueroasen, und über die Umwandlung von ökonomischem in symbolisches Kapital durch gönnerhaft zur Schau gestellte Wohltätigkeit und Philanthropie. Mangelnde Zuversicht in die Fortexistenz dieses Systems scheint es bei Finanzinstitutionen nicht zu geben – eine Tochter der staatlich gestützten »Citigroup« bewarb ihre Finanzprodukte bei Superreichen zuletzt damit, sich auch weiterhin für Absicherung und Ausbau der »Plutonomie« (im Unterschied zu Demokratie und Wohlfahrtsstaatlichkeit) einzusetzen.

ZERSTÖRERISCHE KONSUMMUSTER DER REICHEN

Das Problem mit den Reichen hört nicht damit auf, dass Reichtum die Kehrseite von Armut ist, sondern erstreckt sich auch auf den Konsum der Reichen. Ihr Luxuskonsum umfasst zumeist mehrere überdimensionierte Haushalte mit Swimming Pools, Privatkinos, Festsälen und Autoparks und geht bis zu privaten Riesenyachten und Flugzeugen. Luxusausgaben sind nicht nur eine Verschwendung von Energie, Arbeitskraft und begrenzten Ressourcen, die gesellschaftlich gesehen fehlinvestiert sind, sondern produzieren auch einen massiven ökologischen Fußabdruck. Der nicht für Luxuskonsum verbrauchte Vermögensrest wird in den Finanzkreislauf eingespeist – Immobilien, Firmen und Finanzanlagen –, um in neuen Wirtschaftszyklen noch mehr Reichtum abzuschöpfen. Sayer behandelt unter diesen Gesichtspunkten die Überschattetheit der ökonomischen mit der ökologischen Krise und kritisiert die (von neoliberalen wie linken politi-

schen Projekten gleichermaßen beworbene) Fixierung auf ökonomisches Wachstum als wenig tragfähige Lösung. Mit Wachstum sei weder die ökonomische Krise zu lösen, noch der Klimawandel zu stoppen, denn Wachstum befördert unter gegebenen Umständen die soziale Ungleichheit statt sie abzumildern und marktförmige Modelle des Umwelt- und Klimaschutzes (wie Emissionshandel oder die Produktion von Biotreibstoffen) führen letztlich nur zu steigenden ökologischen Kosten. Eine dauerhafte Lösung der »diabolischen Doppelkrise« dürfe nicht länger bei den bestehenden politischen und ökonomischen Koordinaten stehenbleiben, sondern sollte vielmehr neue Bezugspunkte setzen: Lebensqualität, gerechte Versorgung, Postwachstumsökonomie, Gleichheit, Demokratisierung der Arbeit.

ALTERNATIVEN ZUR »PLUTONOMIE«

Moralökonomie ist als Beitrag anzusehen, um die nüchternen Studien zu sozialer Ungleichheit mit einer neuen Angriffsfrente gegen Neoliberalismus auf moralischer Ebene zu flankieren, die die bestehenden Institutionen und Praktiken nicht mehr als gegeben voraussetzt, sondern ihre Rechtfertigungen und ihre Rechtfertigbarkeit untergräbt. Sayers Buch schlägt als Ausgangspunkt für Alternativen wesentlich auch steuerpolitische Maßnahmen vor und weist darauf hin, dass es nicht nur Vermögenszuwachssteuern, sondern als erste Maßnahme – wie von Piketty vorgeschlagen – harte Ausnahmevermögenssubstanzsteuern zur Finanzierung von Staatsschulden und zur Umstrukturierung der Wirtschaftssysteme benötigt. Die Argumentation bleibt dabei aber nicht stehen und möchte die zumeist technische Herangehensweise an alternative Strategien überwinden. Es gilt, das vielfach vorhandene Begehren und die Notwendigkeit nach einer neuen Wirtschaftsweise aufzugreifen, die Quellen privaten Reichtums zu kappen und dafür auch eine neue Sprache mit neuen Kriterien, Legitimationen, Argumentationsweisen und Mobilisierungen gegen Neoliberalismus auf den Weg zu bringen.

Auf dieser Ebene liegt zweifelsfrei die Stärke des Buches, die auf eine rasche deutsche Übersetzung hoffen lässt. Seine Grenzen werden stellenweise sichtbar, wenn politische, ökonomische und ökologische Prozesse allzu stark auf die Praktiken der Reichen reduziert und größere Dynamiken außer Acht gelassen werden. Sayer könnte darauf berechtigt antworten, dass sein Buch weder eine allgemeine Zeitdiagnose, noch eine allumfassende Erklärung der gegenwärtigen Vielfachkrise zum Gegenstand hat. Die Reichen ins Zentrum zu rücken und die von ihnen ausgehende Bedrohung von Ökonomie,

Demokratie und Ökologie aufzuzeigen, ist dagegen eine wichtige Korrektur sowohl für sozial- und wirtschaftswissenschaftliche als auch für politische Auseinandersetzungen.

Während in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften im Fahrtwind von Wilkinson und Pickett, Piketty und Zucman bereits heftiger gegen den Neoliberalismus gekämpft wird, ist die Repräsentation dieser Kämpfe auf der politischen Bühne immer noch wenig sichtbar. Dabei gehört es mittlerweile zu einem Allgemeinplatz, dass das »befremdliche Überleben des Neoliberalismus« (Colin Crouch) nicht das Ergebnis seines Erfolgs oder gar einer Verankerung in der Bevölkerung wäre, sondern schlicht der Abwesenheit von artikulierten Alternativen. Die Sozialdemokratie in Europa hat es bisher verabsäumt, sich an die Spitze des Kampfes gegen wachsende Ungleichheiten und den Aufstieg von Postdemokratie und »Plutonomie« zu stellen. Rein im Rhetorischen verbleibende Thematisierungen von sozialer Gerechtigkeit und Umverteilung werden vielleicht noch in einigen Ländern für einige Jahre für die mittlerweile akzeptierten mittelschlechten Wahlergebnisse und vielleicht sogar für Regierungsbeteiligungen ausreichen. Statt in eine dauerhafte und lebendige Zukunft für die Sozialdemokratie zu weisen, wird diese Strategie aber eher in eine verallgemeinerte Selbstzerstörung oder Auflösung führen – die südeuropäischen Parteien sollten Warnung genug sein. Ein Mangel an Gegenvorschlägen in Form von konkreten leitenden Utopien, ausformulierten politischen Projekten oder durchgerechneten politischen wie ökonomischen Maßnahmen lässt sich jedenfalls schon lange nicht mehr feststellen. 🍷

ARMIN PULLER

ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.



Andrew Sayer

Why we can't afford the rich

Policy Press, Bristol 2015

433 Seiten; 28,90 EUR

LITERATUR

Piketty, Thomas (2014 [2013 frz.]): Das Kapital im 21. Jahrhundert; München: Beck. | **Sayer, Andrew** (2005): The Moral Significance of Class; Cambridge: Cambridge University Press. | **Sayer, Andrew** (2007): Moral Economy as Critique; in: New Political Economy 12(2); 261-270. | **Sayer, Andrew** (2015a): Why we can't afford the rich. Bristol: Policy Press. | **Sayer, Andrew** (2015b): We can't afford the rich. Policy Press Blog at the University of Bristol; online unter: <https://policypress.wordpress.com/2014/11/25/fact-we-cant-afford-the-rich/>; 29.01.2015. | **Wilkinson, Richard G. / Pickett, Kate** (2009): Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Hamburg: Zweitausendeins. | **Zucman, Gabriel** (2014 [2013 frz.]): Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird; Berlin: Suhrkamp.



ROMANE THANA.

ORTE DER ROMA UND SINTI

WIEN MUSEUM



Proletariat, Guantánamo & Untergang



Friederike Bahl DIENSTLEISTUNGS- GESELLSCHAFT

Auf der Basis von Interviews, Beobachtungen und Diskussionen wird deutlich, dass in den »einfachen« Diensten Arbeits- und Lebensformen entstanden sind, die auf eine neue Form von »Proletariat« ohne Proletariat verweisen. Friederike

Bahl stellt den Menschen und seine Selbstverortung in den Mittelpunkt: Wo und wie wir uns im Ganzen situieren, beeinflusst immer auch die Formation einer Gesellschaft.

HAMBURGER EDITION, 390 Seiten, 32,90 Euro

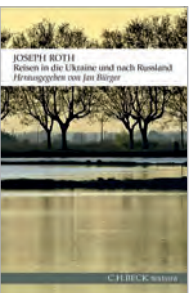


Benjamin Kunkel UTOPIE ODER UNTERGANG

Der Band versammelt Benjamin Kunkels wichtigsten Aufsätze über Autoren wie Fredric Jameson und Slavoj Žižek. Indem Kunkel das Gelesene mit eigenen Erfahrungen verknüpft, reflektiert er zugleich, was es heißt, in neoliberalen Zeiten erwachsen geworden zu sein. Seine Ju-

gend, so Kunkel, habe er während des Endes der Geschichte verbracht, das nun selbst an sein Ende zu kommen scheint.

SUHRKAMP, 246 Seiten, 18,50 Euro



Joseph Roth REISEN IN DIE UKRAINE

Auf seinen Expeditionen nach Kiew, Moskau und Odessa, nach Lemberg, Baku oder Astrachan taucht der in Galizien geborene Schriftsteller und Journalist Joseph Roth in den vielgestaltigen Kosmos des östlichen Europa ein. Seine Berichte und

Essays aus den 1920er Jahren sind bewegende Zeugnisse von großer Aktualität. Seine Aufmerksamkeit gilt den Menschen und ihrer Lebenswirklichkeit in der Sowjetunion.

C. H. BECK, 136 Seiten, 15,40 Euro



Lamya Kaddor ZUM TÖTEN BEREIT

Die islamische Religionslehrerin und Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor kennt mehrere junge Menschen – darunter einige ihrer Ex-Schüler –, die auf der Suche nach Anerkennung und Akzeptanz der Dschihad-Romantik verfallen

sind. Sie berichtet von einer orientierungslosen Generation und erklärt, was wir tun können und müssen, um die Radikalisierung dieser Kinder zu stoppen.

PIPER, 256 Seiten, 15,50 Euro

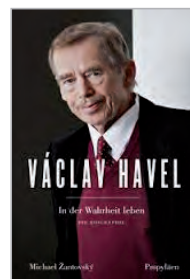


Mohamedou Ould Slahi DAS GUANTANAMO-TAGEBUCH

Mohamedou Ould Slahi berichtet von seiner Entführung durch die Geheimdienste, der Internierung in Guantánamo und den endlosen Verhören, von Isolation, Schlafentzug und Schlägen, von seelischer, körperlicher und sexueller Erniedrigung. Obwohl ein

Gericht seine Freilassung angeordnet hat, bleibt er bis heute inhaftiert.

TROPEN, 459 Seiten, 20,50 Euro



Michael Zantovsky VACLAV HAVEL

Zantovsky ist nicht der erste Biograph Václav Havels, aber er tut es aus einer neuen Perspektive. Als Pressesprecher und Weggefährte, als enger Freund und Vertrauter kann der Autor tiefere und persönlichere Einblicke gewähren. Der

Gefahr einer hagiografischen Verklärung entgeht Zantovskys Darstellung durch eine dem Dissidenten, Theaterstar und Staatspräsidenten angemessene Differenziertheit.

PROPYLÄEN, 688 Seiten, 26,80 Euro

Lagos, Sterne & junge Leute



Teju Cole
JEDER TAG GEHÖRT DEM DIEB

Ein junger Mann kehrt nach einigen Jahren in Amerika heim nach Lagos in Nigeria, an den Ort seiner Kindheit, den er vor vielen Jahren verlassen hat. Er kommt bei Verwandten unter, trifft alte Freunde, lässt sich durch die Straßen treiben. Lagos ist anstrengend und korrupt, Verheißung und Zumutung in einem, voller Geschichten von spiritueller Größe und Verkommenheit.

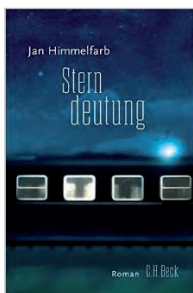
CARL HANSER, 176 Seiten, 19,50 Euro



Stephan Thome
GEGENSPIEL

In »Gegenspiel« schildert Stephan Thome die Geschichte seines Romans »Fliehkräfte« aus einer anderen Perspektive: statt des Bonner Philosophieprofessors Hartmut Hainbach steht nun dessen Frau Maria Pereira im Zentrum, ihr Aufwachsen im revolutionsbewegten Portugal, der Umzug in die Westberliner Hausbesitzerszene und schließlich die trügerische Bürgeridylle mit Mann und Kind in Bonn.

SUHRKAMP, 464 Seiten, 23,60 Euro



Jan Himmelfarb
STERNDEUTUNG

Arthur Segal, Übersetzer und einigermassen seriöser Autohändler, versucht sich Anfang der 90er-Jahre, kurz vor seinem 51. Geburtstag, seiner selbst und der Geschichte seiner jüdischen Familie zu vergewissern, einer Geschichte von Liebe und Arbeit, Verfolgung und Überleben, Glück und Chuzpe. Wie fühlt es sich an, wenn man bei der Geburt schon zum Tode verurteilt war?

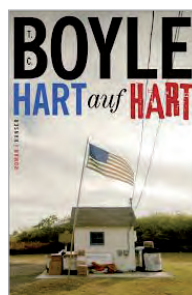
C. H. BECK, 394 Seiten, 22,60 Euro



Jerome D. Salinger
DIE JUNGEN LEUTE

Im Juli 2014 brachte ein kleiner Verlag aus Memphis »Die jungen Leute« heraus, die erste Veröffentlichung des amerikanischen Kultautors J.D. Salinger seit fünfzig Jahren. Salinger erzählt von Sehnsüchten und Eitelkeiten, Schwäche und Ohnmacht in sehr ungleichen Beziehungen. Eine literarische Entdeckung, die einen neuen Blick auf das schmale Werk des großen Autors ermöglicht.

PIPER, 80 Seiten, 15,50 Euro



T.C. Boyle
HART AUF HART

Adam, den seine Eltern nach etlichen Schulverweisen und Therapiesitzungen aufgegeben haben, ist eine wandelnde Zeitbombe: In der Wildnis, wo er ein Schlafmohnfeld angelegt hat, führt er ein Einsiedlerleben und hortet Waffen gegen imaginäre Feinde. Aber es gibt jemanden, der sich in ihn verliebt. Sara hat ebenfalls ausreichend Feindbilder: Spießertum, Globalisierung, Verschwörer und die Staatsgewalt.

CARL HANSER, 395 Seiten, 23,60 Euro



Klaus Modick
KONZERT OHNE DICHTER

Heinrich Vogeler ist auf der Höhe seines Erfolgs. Im Juni 1905 wird ihm die Goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen – für sein Gesamtwerk, besonders aber für das nach fünfjähriger Arbeit fertiggestellte Bild »Das Konzert oder Sommerabend auf dem Barkenhoff«. Während es in der Öffentlichkeit als Meisterwerk gefeiert wird, ist es für Vogeler das Resultat eines dreifachen Scheiterns.

KIEPENHEUER UND WITSCH, 240 Seiten, 18,50 Euro


Wie die europäische Sozialdemokratie Griechenland und dabei sich selber helfen kann

Die EU-Politik reagiert auf die Forderungen der griechischen Regierung nach einem wirtschaftlichen und sozialen Kurswechsel mit der Floskel »Verhandlungen sind möglich, aber Griechenland müsse die Vereinbarungen einhalten.« Doch in den letzten Jahren ist völlig klar geworden, wie falsch die Vereinbarungen über eine drastische Sparpolitik unter Aufsicht der Troika waren.

Die massiven Kürzungen der Staatsausgaben haben keinen Rückgang der Staatsschulden bewirkt, im Gegenteil: diese sind weiter gestiegen. Seit Beginn der Sparpolitik sind die Wirtschaftsleistung und die Zahl der Arbeitsplätze um ein Fünftel gesunken, die Arbeitslosenquote ist auf 25 % gestiegen. Die Vereinbarungen mit der Troika haben den Sozialstaat just zu jenem Zeitpunkt ruiniert, als er so dringend wie gebraucht wurde wie nie zuvor: Heute sind 2,5 Millionen GriechInnen ohne Krankenversicherung und die Armut steigt dramatisch. Deshalb hat das griechische Volk diese Politik abgewählt.

In dieser Situation agiert die europäische Sozialdemokratie bislang orientierungslos: Manche Exponenten verhalten sich abwartend, andere versuchen dem von Deutschland geprägten konservativen Mainstream ein menschliches Antlitz zu geben, wieder andere, wie der Chef der Eurogruppe und niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem, gefallen sich in der Rolle neoliberaler Hardliner. Diese Orientierungslosigkeit ist für den Bestand der europäischen Sozialdemokratie sehr gefährlich. Denn die Zeiten werden noch unsicherer werden: Die anhaltende Krise wird in ganz Europa die sozialen Auseinandersetzungen weiter verschärfen. Sollte das linke Projekt in Griechenland, dem eines in Spanien folgen könnte, scheitern, dann droht ein Erfolg des Rechtsextremismus mit verheerenden Folgen.

Der europäischen Sozialdemokratie sollte deshalb eine Vermittlerrolle zwischen der linken Regierung in Griechenland und den konservativ dominierten europäischen Institutionen einnehmen. Dabei kann sie nur glaubhaft agieren, wenn sie selbst ideologisch auf sicherem Boden steht: Konsequenz auf Seiten der arbeitenden Menschen, Vorrang für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung, Verteidigung des Sozialstaates und der Demokratie, ernsthafte Arbeit an der Vision eines sozialen und demokratischen Europa.

Ein tragfähiger Kompromiss zwischen Griechenland und der EU wäre möglich. Der von SYRIZA angestrebte Schuldenschnitt könnte durch eine Verlängerung der Laufzeiten und weitere Zinssenkungen auf bestehende Schulden technisch gelöst werden. Die Auflösung der Troika ist ohnehin notwendig, auch weil die Rolle der demokratisch nicht ausreichend legitimierten Europäischen Zentralbank nicht tragbar ist. Entscheidend ist jedoch, dass die Schulden Griechenlands nur zurückgezahlt werden können, wenn sich Wirtschaft und Sozialsystem wieder erholen. Griechenland braucht dringend europäische Unterstützung, um den sozialen und wirtschaftlichen Umschwung zu schaffen, das Staatswesen zu reformieren und ein modernes Steuer- und Sozialversicherungssystem aufzubauen. Dabei zu helfen, wäre eine adäquate Rolle für die europäische Sozialdemokratie, die damit auch selbst wieder in die Offensive kommen könnte. 

MARKUS MARTERBAUER

leitet die Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien
und bloggt auf <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>

U4: Eigeninserat